

Stenographischer Bericht

Steiermärkischer Schülerlandtag

am 28. November 2001



Das Präsidium des Steiermärkischen Landtages mit Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Teilnehmern des Schülerlandtages

Foto: Christian Jungwirth

Inhalt:

Begrüßung und organisatorische Hinweise durch Landtagspräsident Reinhold Purr.

1. Bericht des Ausschusses für Schule und Bildung.

Berichterstatter: Karl Kowald.

Redner: Robert Schnuderl, Claudia Kürzl, Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Margret Hausegger, Bernd Urban, Walter Reiner, Alexandra Kassler, Sarah Stross, Stefan Kasper, Thomas Brandner, Valentina Sbaschnik, Marc Knes, Markus Ruhhützl, Roman Nußgruber, Michel Mera, Karl Kowald, Franz Christian Friedam, Herbert Hansmann, Udo Eiselt, Gudrun Scherf, Valentina Sbaschnik, Jan Sisko.

2. Bericht des Ausschusses für Jugend und Gesellschaft.

Berichterstatterin: Julia Winkler.

Redner: Omid Redjaian, Simon Werba, Barbara Tschiggerl, Karoline Schlögl, Kerstin Schurl, Landesrat Hermann Schützenhöfer, Michael Klug, Christoph Urch, Michael Wildling, Barbara Webschek, Landesrat Dr. Kurt Flecker, Eva-Maria Gebhart, Cornelia Schrank, Heimo Hirschmann, Landesrat Günter Dörflinger, Daniel Geiger, Michel Mera, Carl-Philipp Schrey, Mario Aigelsreiter, Valentina Sbaschnik, Margret Hausegger, Marc Knes, Michael Klug, Roman Nußgruber, Abg. Mag. Edith Zitz, Julia Winkler, Udo Eiselt, Christoph Urch, Jan Sisko.

3. Bericht des Ausschusses für Demokratie und Mitbestimmung.

Berichterstatter: Jan Sisko.

Redner: Gudrun Scherf, Michael Mera, Daniel Fuchs, Claudia Haas, Franz Friedam, Robert Schnuderl, Roman Nußgruber, Thomas Tödtling, Karoline Schlögl, Walter Reiner, Uwe Neumann, Julia Winkler, Mario Aigelsreiter, Omid Redjaian, Claudia Haas, Karl Kowald, Abg. Mag. Christopher Drexler, Karl Fuchs, Abg. Michaela Halper, Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, Margret Hausegger.

Beginn der Sitzung: 10.13 Uhr.

Präsident Reinhold Purr:

Heute findet die erste Sitzung des Schülerinnen-, Schüler- und Jugendlandtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, die aus einer ungewohnten Perspektive die Sitzung mitverfolgen.

Entschuldigt haben sich Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek und Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl sowie Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann und Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Herr Landesrat Dörflinger wird etwas verspätet eintreffen, er hat sich für den Beginn der Sitzung entschuldigt.

Ich heiße weiters die Vertreter von Presse und Rundfunk herzlich willkommen. Seitens der Fraktionen nehmen an dieser heutigen Sitzung teil:

Von der ÖVP: Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka und Jugendsprecher Mag. Christopher Drexler sowie die Landtagsabgeordneten Franz Riebenbauer, Franz Majcen, Frau Mag. Koller und Ernst Gödl.

Von der SPÖ: Klubobmann Siegfried Schrittwieser, Abgeordnete Michaela Halper als Jugendsprecherin, Abgeordneter Walter Kröpfel, Abgeordnete Mag. Ursula Lackner.

Von der Freiheitlichen Partei: Frau Abgeordnete Verena Graf als Jugendsprecherin und Abgeordnete Dr. Magda Bleckmann.

Von den Grünen: Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz als Jugendsprecherin.

Besonders heiße ich die Schüler- und Jugendvertreter willkommen, die heute die Plätze der Abgeordneten eingenommen haben.

Die heutige Sitzung geht auf einen Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 25. September dieses Jahres zurück.

Dieser Beschluss lautet:

„Der Steiermärkische Landtag hält am 28. November 2001 in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr im Forum des Landtagssitzungssaales einen Schülerinnen-, Schüler- und Jugendlandtag mit 56 Teilnehmern im Alter von 15 bis 20 Jahren ab. 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden von der Landesschülervertretung nominiert: 15 Landesschülervertretermitglieder und 21 von ihr entsandte Schülerinnen und Schüler, darunter je drei Teilnehmerinnen oder Teilnehmer aus den Krankenpflegeschulen und Landwirtschaftsschulen. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie zehn Ersatzteilnehmer werden über ein öffentliches Ausschreibungsverfahren eruiert. Darüber hinaus können die Landtagsfraktionen Abgeordnete im Verhältnis sechs zu vier zu zwei zu eins, also ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne, nominieren, die ebenfalls am Schülerinnen-, Schüler- und Jugendlandtag mit Rederecht teilnehmen können. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Den Vorsitz führt der Präsident des Steiermärkischen Landtages. Über den Schülerinnen-, Schüler- und

Jugendlandtag wird ein stenographischer Bericht durch die Stenographenabteilung verfasst. Diese Veranstaltung wird auf den Internetseiten des Landes beworben sowie in Bild und Ton übertragen.“

Die Modalität für die Durchführung des Schülerinnen-, Schüler- und Jugendlandtages wurde zwischen den Fraktionen in Beratungen des Unterausschusses festgelegt. Es haben bereits drei Schülerlandtage stattgefunden, nämlich der erste am 15. Dezember 1992, der zweite am 26. Juni 1993 und der dritte am 30. April 1998.

Heute wie damals geht die Abhaltung eines Schülerinnen-, Schüler- und Jugendlandtages auf einen Wunsch der Schülervertretung zurück und darin sehe ich ein Zeichen, dass zumindest für euch und für jene, die ihr vertretet, die Geschicke unseres Landes Steiermark wichtig sind. Denn nach den heute aktiven Politikern wird die nächste Generation auch ihre Verantwortung zu übernehmen haben.

Dem Landtag kommt unter anderem die wichtige Aufgabe der öffentlichen Meinungsbildung zu und dazu bedarf es einer öffentlichen Diskussion von Meinung und Gegenmeinung, von These und Antithese.

Es wurde bereits am 16. November 2001 eine Vorbereitungssitzung in der Pädagogischen Akademie der Diözese Graz-Seckau abgehalten, bei der drei Ausschüsse, und zwar

- der Ausschuss für Jugend und Gesellschaft,
 - der Ausschuss für Schule und Bildung,
 - der Ausschuss für Demokratie und Mitbestimmung
- beschlossen wurden.

Die heutigen Tagesordnungspunkte eins bis drei betreffen die Berichte der Ausschüsse, wobei die am 16. November 2001 gewählten Berichterstatter zuerst ihren Bericht vortragen und danach werden die Schüler sprechen. Ich weise darauf hin, dass in den Unterlagen Formulare für Wortmeldungen bitte aufliegen. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Danach sprechen, falls es gewünscht wird, die Landtagsabgeordneten und die zuständigen Regierungsmitglieder. Sodann wird der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Schule und Bildung.

Berichterstatter ist der Schüler Karl Kowald.

Ich erteile ihm das Wort. Der Berichterstatter berichtet vom Pult hier vorne, vom Schüler Kowald aus gesehen links.

Karl Kowald (10.19 Uhr): Sehr geehrter Landtagspräsident, sehr geehrte Landesregierung, liebe Abgeordneten zum Landtag und Jugendlandtag!

Kurz zu meiner Person: Mein Name Karl Kowald, Schüler der HTL-Bulme Graz-Göding und Berichterstatter für den Ausschuss Schule und Bildung.

Bevor wir zu den inhaltlichen Ausarbeitungen des Ausschusses kommen, sei erwähnt, dass der Ausschuss das Demokratieverständnis dieses Landtages in Frage stellt, da der Landesschulsprecher der Berufsschüler auf Grund seines Alters an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen darf, obwohl er einen großen Teil der Jugend in unserem Land mit seiner Funktion vertritt. Hinweis: Er ist 31 Jahre alt.

Aber nun zu den zehn inhaltlichen Ergebnissen des Ausschusses:

Erstens Berufsschülerproblematik:

Ein großer Teil der Berufsschüler bekommt keine Freifahrt zur Schule zugesprochen, da sie in Internaten untergebracht sind. Trotzdem haben sie die Kosten für die An- und Abreise selbst zu tragen. Des Weiteren wird bei den Entscheidungen über Gesetze für Lehrlinge zu wenig mit den Lehrlingsvertretern gesprochen. Deshalb fordern wir mehr Mitspracherecht für diese, wie es bereits bei AHS und BHS der Fall ist. Weiters herrscht zurzeit Informationsmangel, wie sich Lehrlinge nach der LAP, Hinweis: Lehrabschlussprüfung, weiterbilden können. Zusätzlich ist es unerlässlich, weitere Lehrplätze zu schaffen und Lehrlinge besser zu unterstützen, um dem Facharbeitermangel entgegenzuwirken.

Statement des Ausschusses: Lehrlinge sind keine Menschen zweiter Klasse!

Zweitens Schulbudget:

Durch die großen Einsparungen der Regierung, welche auch das Schulbudget betreffen, häufen sich fehlende Einrichtungen an Schulen. Dies unterscheidet sich von Schule zu Schule, angefangen von den sanitären Mitteln, Unterrichtshilfsmitteln und sogar Strom- und Heizmaterialien.

Statement des Ausschusses: Wir sind die Zukunft und an der Zukunft sollte nicht gespart werden. Budget- und Werteinheiten-Einteilungen dürfen nicht mehr nur nach Schülerzahl, sondern auch nach Qualität der Schule getroffen werden, denn gute Qualität kann nur durch intensive Kleingruppenarbeit geboten werden. Weiters sollte bei langwierigen Projekten die Umsetzung nach Notwendigkeit gereiht werden. Außerdem ist es vonnöten, dass Gesetze betreffend Einnahmen für Werbung in der Schule dahin gehend geändert werden, damit diese Einnahmen direkt in der betroffenen Schule eingesetzt werden, damit man einfacher mit der Wirtschaft zusammenarbeiten kann, welche dann als Sponsor für Großprojekte fungieren soll.

Drittens Schüleranzahl:

38 Schüler pro Klasse ist unproduktiv und sowohl für Schüler als auch für Lehrer unzumutbar. Solche Zahlen sind auf die Vergabekriterien der Werteinheiten zurückzuführen. Statement: Mehr Qualität als Quantität.

Werteinheiten sollen nicht nur pro Kopf, sondern auch für die Qualität vergeben werden. Weiters müssen Hauptschulen und Polytechniken aufgewertet werden und eine Aufklärung über die verschiedenen Bildungsmöglichkeiten muss schon bei den Eltern beginnen.

Zur Erläuterung, wie das mit der Qualität funktionieren sollte, und zwar sollten die Gelder projektorientiert werden. Je mehr Projekte an Schulen abgehalten werden, umso mehr Geld für diese Schule.

Viertens Lehrerfortbildung:

Lehrer müssen sich vor allem fachbezogen, aber auch pädagogisch weiterbilden. Dies soll außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden. Außerdem sollten an den schulautonomen Tagen schulinterne Schulungen stattfinden, an welchen besonders ausgebildete Lehrer ihre Kollegen aus demselben Unterrichtsfach weiterbilden. Dazu ein Beispiel: Wir nehmen jetzt an, ein Unterrichtslehrer aus dem Fach Informatik besucht eine didaktische Schulung, wie man seinen Lehrinhalt besser weitervermitteln kann und an einem schulautonomen Tag setzt er sich mit allen seinen Kollegen in dieser Schule aus der Fachrichtung zusammen und erklärt ihnen auch, wie das besser ist. Es hat den großen Vorteil, dass es Budgeteinsparungen macht. Statement: Das Leben ist ein ständiges Lernen.

Fünftens Zusammenarbeit mit der Wirtschaft:

Der Kontakt mit der Wirtschaft ist zu abhängig von dem Direktor der Schule. Schulen müssen verpflichtend auf die Wirtschaft in ihrer Umgebung eingehen, um nicht an der Wirtschaft vorbei zu bilden. Auch sollten Seminare für Lehrer und Schüler von Fachleuten aus der Wirtschaft stattfinden und die Projektarbeiten mehr wirtschaftsorientiert sein.

Sechstens Modulsystem:

Unser derzeitiges Schulsystem lässt keine individuelle Spezialisierung zu. Durch ein Modulsystem mit einem fixen Grundgerüst an Unterrichtsstunden und Spezialisierungsmöglichkeiten wäre erstens ein besserer Übergang auf die Uni und zweitens eine frühere Selbstständigkeit für Schüler gesichert. Dazu kurz eine Erklärung, und zwar das Grundgerüst sollte bestehen aus den allgemein bildenden Fächern, denn Allgemeinbildung ist uns sehr wichtig und sollte auch in den Anfangsjahren der Ausbildung stattfinden und die Spezialisierung vor allem kurz vor der Matura, da man doch schon etwas älter ist und weiß, was man machen möchte zu diesem Zeitpunkt. Außerdem hat es eben den Vorteil durch diese Spezialisierung, dass jeder Schüler sich für etwas entscheiden kann, das ihn interessiert und ein interessierter Schüler lernt lieber und besser. Außerdem ist ein Übergang zur Uni dadurch sehr erleichtert.

Siebtens Lehrerbeurteilung:

Verfälschte Umfragen in den Medien lassen Schulen besser dastehen als sie wirklich sind. Statement des Ausschusses: Der Schüler ist der Kunde und so sollte sich der Lehrer auch verhalten.

Regelmässiges Feedback und anschließende Besprechung mit speziell ausgebildeten Trainern muss verpflichtend eingeführt werden, um die Unterrichtsqualität zu garantieren. Statement des Ausschusses: Für eine schlechte Note ist nicht nur der Schüler selbst verantwortlich.

Dazu möchte ich nur kurz erwähnen, dass die Lehrer das nicht falsch verstehen sollten. Es sollte keine persönliche Beurteilung gegen den Lehrer sein, sondern eine objektive Beurteilung, wie er den Lehrstoff dem Schüler vermittelt, damit er sich verbessern kann und damit die allgemeinen schlechten Ausgangspunkte verbessert werden.

Achtens Studiengebühren:

Studiengebühren sind gerechtfertigt, wenn dafür das Angebot beziehungsweise die Leistung stimmt. Außerdem sollte jeder die Möglichkeit auf einen Ausbildungsplatz bekommen – Stichwort: Überlaufen. Bei sozialen Härte- und Grenzfällen muss es trotzdem Hilfestellung geben, damit niemand durch das soziale Netz fallen kann. Vorschlag des Ausschusses: Jeder Student, der in der Mindestzeit fertig wird, bekommt seine Gebühren zurückerstattet. Je länger das Studium dauert, desto geringer die Rückvergütung. Außerdem möchten wir da auf das Problem hinweisen, dass es zu große Gruppen gibt bei den Übungen und die Studiengebühren dann gerechtfertigt sind, wenn man dort effektiv arbeiten kann und jeder etwas dort mitbekommt.

Neuntens Lehrplan:

Der Lehrplan sollte schulautonom auf die Wirtschaft in der Umgebung auslegbar sein. Außerdem sollten bei der Erstellung des Lehrplanes mehr Führungskräfte aus der Wirtschaft, Absolventen und Schüler mitreden dürfen. Zusätzlich ist eine flexible Anpassung des Lehrplanes in Fächern mit schneller Weiterentwicklung sowie ein extra Lehrplan für hoch begabte Schüler wünschenswert.

Zur Lehrplanerstellung: Die Wirtschaft soll daran teilnehmen, weil die Wirtschaft weiß, was sie braucht, was sie will. Absolventen sollen daran teilnehmen, weil die Absolventen wissen, was sie gelernt haben und was sie in der Wirtschaft wirklich gebraucht haben. Und Schüler sollen deshalb teilnehmen, weil sie wissen, was für sie ein Interessensgebiet ist, wenn sie sich für eine Fachrichtung entscheiden.

Zehntens Berufsorientierung:

Allgemein sollte die Schule mehr auf den Beruf vorbereiten. In den Abschlussklassen muss verpflichtend mehr Information und persönliche Beratung über die beruflichen und weiterbildenden Möglichkeiten stattfinden. Wichtig dabei ist vor allem die persönliche Beratung. Da es derzeit einen sehr großen Informationsfluss gibt, kann man schon sagen, es ist ein Überfluss an Information da, der sehr undurchschaubar ist und den Schüler leicht überfordert. Deshalb eben die persönliche Beratung, denn dort kann er genau das, was ihn interessiert, erfragen und bekommt keine Informationen, die für ihn persönlich unwichtig sind. Danke! (10.29 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Ich verweise nochmals darauf, dass nach der vereinbarten Regelung nicht länger als drei Minuten für das Reden in Anspruch genommen werden soll. Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Robert Schnuderl. Ich erteile ihm das Wort. Das Rednerpult ist hier vorne, bitte.

Robert Schnuderl (10.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Landesregierung!

Als einziger anwesender Lehrlingsvertreter beziehungsweise Berufsschülervertreter möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht meiner demokratischen Vorstellung entspricht, dass der Landesschulsprecher Markus Scheiner hier nicht teilnehmen darf, weil er 31 Jahre alt ist. Ich verstehe es nicht, dass hier keine Ausnahme möglich war.

Jetzt zu unseren wichtigen Punkten bei den Lehrlingen. Im Ausschuss für Schule und Bildung passt nicht alles hinein, aber ich mache das etwas allgemeiner. Wir haben ein großes Problem bei der Lehrlingsfreifahrt für Lehrlinge in die Berufsschulen. Das ist zwar ein Bundesgesetz, das das regeln müsste, aber ich bitte den Landtag und die Landesregierung weiter beim Bund zu fordern, dass dieses Gesetz umgesetzt wird, da es nicht möglich sein kann, dass die steirischen Lehrlinge für ihren Schulbesuch bezahlen müssen. Wir haben auch ein großes Problem, dass die meisten Lehrlingsthemen ohne die Lehrlingsvertreter besprochen werden. Es wäre wirklich wünschenswert, dass die Wirtschaftskammer und auch die Landesregierung die Lehrlingsvertreter dazu einladet, wenn neue Lehrlingsgesetze oder Lehrlingsthemen besprochen werden. Außerdem ist das Lehrlingsansehen ein großes Problem. Im AHS- und BMHS-Bereich und überhaupt in der Gesellschaft werden Lehrlinge oft als Menschen zweiter Klasse angesehen. Das liegt wohl daran, dass viele nicht wissen, was eine Lehre ist. Eine Lehre ist eine fachliche Ausbildung, die Fachkräfte schafft. Wie bekannt ist, haben wir ja in Österreich einen Fachkräftemangel, also sollte man auch die Lehre forcieren. Meine Idee dazu wäre, dass man eventuell im AHS- und BMHS-Bereich in den Schulen schon darauf aufmerksam macht, was passiert in der Lehre, duales Ausbildungssystem. Die wenigsten Leute wissen oder sehr wenige Leute wissen, wie es passiert, wie die Lehre geschieht, also mit Berufsschule und mit betrieblicher Ausbildung. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 10.31 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Schülerin Claudia Kürzl. Ich erteile ihr das Wort.

Claudia Kürzl (10.32 Uhr): Ich möchte zum Bildungssystem beziehungsweise zum Bildungsbudget näher Stellung nehmen. Die Schule ist im Allgemeinen dazu da, dass sie den Jugendlichen ein Wissen vermittelt und sie so weit vorbereitet, dass sie später in den Beruf gehen können und sagen können, sie haben etwas gelernt und auch etwas umsetzen können im Beruf. Unserer Meinung nach sind die Bildungspolitiker dafür zuständig, dass sie genügend Geld in die Förderung von Jugendlichen stecken, dass sie Talente erkennen, aber auch weiter Schüler, die vielleicht Lernschwächen haben, in der heutigen Zeit trotzdem unterstützen.

Wir fordern daher Dienstposten für junge Lehrerinnen und Lehrer, weil wir glauben, dass sie kreativ sind, innovativ und vielleicht auch einen besseren Draht zu den Jugendlichen haben. Weiters fordern wir Stundenkontingente für individuelle Betreuung für kreative Fachrichtungen. Musische und künstlerische Bereiche sollten weiter ausgebaut und in manchen Schulen noch nicht vorhandene eingeführt werden. Weiters fordern wir projektorientiertes Arbeiten. Je früher die Jugendlichen dazu hingeführt werden, bei Teamarbeit selbst die Initiative zu ergreifen, desto besser ist das für den einzelnen Jugendlichen. Wir fordern weiters Schulen mit Platz und Ausstattung für Gruppenarbeit, weiters Arbeit mit neuen Medien und forschendes Lernen auch außerhalb des Schulgebäudes. Das wäre uns ein großes Anliegen. Jugendliche sollen in das Berufsleben durch Exkursionen wie auch durch das Praktikum eingeführt werden. Das alles kostet natürlich Geld und ist uns auch bewusst. Doch wir sind der Meinung, dass die Jugend eine gute Investition ist. Seitdem ich jetzt in die Schule gehe, höre ich eigentlich nur mehr das Wort „Sparpaket, sparen“. Wie weit uns dieses Sparen jetzt schon gebracht hat und wie weit es uns negativ beeinflusst, möchte ich jetzt anhand von Beispielen aufzählen: Wir sind draufgekommen, dass es an vielen verschiedenen Schulen unterschiedliche Mängel und Probleme gibt. Das fängt damit an, dass Mittel für sanitäre Gegenstände, wie Seifen, knapp sind, weiters Einrichtungen veraltet sind, Tische und Sessel schon vor 30 Jahren angeschafft wurden und daher zu alt sind. Weiters mangelt es an Unterrichtsmitteln, wie zum Beispiel Bücher. Und das ist besonders heuer ein großer Punkt. Ein großes Problem, das sich derzeit bemerkbar macht, ist die Einsparung bei Strom und Heizmaterial, was schon soweit führt, dass manche Schüler bei 17 Grad in den Klassenzimmern sitzen müssen. Weiters sind wir der Meinung, dass gewisse Gesetze überdacht und überarbeitet gehören, weil wir denken, dass diese Gesetze gegen die Schule arbeiten. Das betrifft vor allem die Werbung. Manche Schulen versuchen jetzt schon selbst, mehr Budget in die Schule zu bringen, indem sie Werbung aufhängen. Nach unserer Information ist es so, dass das Geld aber nicht der Schule zugute kommt. Das sollte geändert werden. Weiters sind wir der Meinung, dass die Wirtschaft und die Schulen besser zusammenarbeiten sollten. Auch die Regierung sollte darauf achten, dass das Geld nicht nach der Anzahl der Schüler verteilt werden sollte, denn es beweist sich immer wieder, dass Qualität besser ist als Quantität. Weiters kritisieren wir noch, dass Projekte viel zu lange brauchen, bis sie umgesetzt werden und schon Notlösungen gefunden werden müssen, das Geld meistens aber ins Leere fließt. Das wäre vielleicht ein Punkt, wo man sparen könnte. Wir sind für eine Hitliste, dass wirklich die wichtigsten Projekte am schnellsten umgesetzt werden. Unsere Antwort auf das Sparpaket lautet: Wir, die Jugendlichen, sind die Zukunft und bei der Zukunft sollte nicht eingespart werden. Danke schön! (10.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Klasnic. Ich erteile ihr das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (10.36 Uhr): Meine sehr geehrten jugendlichen Mädchen und jungen Herren aus der ganzen Steiermark!

Ich sage sehr bewusst dazu, dass ich mich freue, dass so viele junge Damen auch dabei sind. Wir haben sonst im Landtag nicht so viele, da sind wir noch nicht so weit. Aber ihr seid eine Generation, die irgendwann Hauptverantwortung übernehmen kann und dann ist es möglich, dass noch mehr Frauen in diesem Rahmen sind. Herr Präsident, meine Kollegen in der Landesregierung! Ich möchte zuerst an die Spitze stellen, dass ich mich freue hier zu sein und auch gerne hier geblieben wäre. Es gibt heute einen Gedenktag im Land und es wird um 11 Uhr im Weißen Saal der Grazer Burg der „Josef-Krainer-Heimatpreis“ vergeben. Das heißt, heute vor 30 Jahren ist Altlandeshauptmann Josef Krainer gestorben und das ist zufällig an diesem Tag. Daher muss ich mich leider entschuldigen. Ein Zweites ist, dass ich sehr gut zugehört habe und trotzdem auf der einen Seite schon auch nachdenken kann, was man mir in die Hand drückt. Sven Pöllauer hat mir eine Vorlage gegeben, wo er sich so etwas wünscht wie ein Geschenk an den Jugendlandtag, dass es einen fixen Jugendlandtag geben möge und dass man das auch jährlich abhält. Ich möchte diesen Wunsch und diese Vorlage an Herrn Landtagspräsidenten weitergeben, weil man das nur im Sinne der Klubs gemeinsam beraten kann und danach einen Weg suchen wird, dass diese Antwort kommt. Selbstverständlich nehmen wir die Arbeit mit und für die Jugend sehr ernst. Ich sage bewusst mit, weil wenn ich jetzt zugehört habe, dann war es hier der erste Bericht, wo es heißt, der Landesschulsprecher ist eben älter und kann aus diesem Grund nicht hier sein. Es gibt einen Beschluss des Steiermärkischen Landtages, wo wir selbst als Landtag festgelegt haben, dass nur Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 15 bis 20 Jahren dabei sein dürfen. Sie müssen uns dann aber einen Tipp geben, wo man die Obergrenze bei einem Jugendlandtag einziehen soll. Wir haben Abgeordnete im Landtag, die noch keine 30 Jahre alt sind. Aus diesem Grund war es eigentlich logisch, eine sehr jugendliche Zahl zu nehmen. Man kann über die Dinge reden und man soll über die Dinge reden. Zweiter Wunsch, Freifahrt für Berufsschüler: Das ist ein Thema, über welches gerade verhandelt wird. Eine Kollegin wird darauf Antwort geben. Ein dritter Punkt: Ich möchte das Fräulein, das gerade jetzt gesprochen hat und gesagt hat, dass es Schulen gibt, in denen es sogar mit dem Heizen nicht klappt, bitten, mir eine Liste zu geben oder mir diese Schule zu nennen. Das wird heute am Vormittag noch in Ordnung gebracht. Ich kann es mir nur nicht vorstellen. Das Einzige, was es gibt, ist, dass bestimmte Amträume nach einem bestimmten Datum beheizt werden. Das passiert auch in Ämtern, dass vom 15. Oktober bis 15. März die Heizung eingeschaltet wird. An Heizmaterial kann es nicht mangeln. Noch etwas, weil Sie das Wort Sparpaket angesprochen haben: Dass man versuchen muss und ich sage das sehr bewusst heute, wir, nicht alles zu verbrauchen, weil Sie und Ihre Kinder und Ihre Enkelkinder in diesem Land auch noch etwas gestalten wollen, das ist Verantwortung, dass man sich gut überlegen muss, ob das Geld richtig eingesetzt ist. Darum wollen wir uns alle bemühen und das ist eigentlich ein Auftrag und eine Verantwortung für die künftigen Generationen. So sehe ich die Politik. Ich werde aber die Protokolle und ich danke den Damen, dass Protokolle über die heutigen Aussagen geführt werden, sehr gerne nachlesen und versuchen mitzuhelfen. Es sind Mitglieder der Landesregierung anwesend, vor allem ist der Jugendlandesrat hier, der sich auch mit dem Thema Schule ganz intensiv in einer nicht ganz einfachen Zeit beschäftigt. Und so weiß ich Sie in guten Händen und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Vormittag. (10.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Margret Hausegger. Ich erteile ihr das Wort.

Margret Hausegger (10.40 Uhr): Eigenverantwortlich und eigenständig sollen Schüler heutzutage sein. Doch wo in unserem Schulsystem gibt uns irgendwer die Möglichkeit, uns zu eigenständigem und eigenverantwortlichem Denken und Handeln zu erziehen? Kaum wer. Wir sitzen in der Schule, das geht so dahin, acht Jahre, mehr oder weniger leicht oder schwer, dann kommt die Matura. Diese ist auch noch leicht zu bewältigen und dann kommen wir auf die Universität, fallen ins kalte Wasser. Dort sagt uns keiner mehr, wann wir was und wie zu tun haben. Genau darum fordern wir eine Reform der Oberstufe mit dem Ziel eines Modulsystems. Wir haben es vorher von unserem Berichterstatter schon gehört, dass ein Modulsystem bezüglich der Universität II entscheidende Vorteile hat. Erstens: Zeitplanung – ganz klar. Je früher ich lerne, mit meiner Zeit selbstständig umzugehen, desto eher schaffe ich es dann auch. Zweitens: Ich kann mich schon in der Oberstufe spezialisieren, mich in eine Richtung bewegen, was ich später arbeiten will und gehe so mit viel mehr Fachwissen schon auf die Universität. Das kann nur eine Erleichterung darstellen. Kritiker sagen dann immer, das funktioniert nicht. In der Oberstufe weiß noch kein Schüler, was er später machen will. Die sind alle orientierungslos und haben keine Ahnung. Gut, da gebe ich den Kritikern Recht, weil das trifft auf viele Schüler zu. Doch wir können nicht einfach davon ausgehen. Sie werden vielleicht scheitern an der Oberstufenreform, das gebe ich zu. Doch wir müssen langfristig denken. Auf Dauer sollte es Ziel der Schule sein, die Schüler zu wirklich selbstständig denkenden Menschen zu erziehen. Genau darum ist eine Oberstufenreform notwendig. Das Gegenargument lautet immer, die Allgemeinbildung leidet: eine AHS, die keine AHS mehr ist. Doch im momentanen Modell des Bundesministeriums ist ein derart großes Fundament an eigenen Bildungsstunden vorhanden, so dass mir niemand erzählen kann, dass das nicht reicht. Wenn mir einer von Ihnen sagen kann, wofür ich eine praktische Analyse der Anionen- und Kationenanzahl in einer Flüssigkeit im späteren Leben brauche, wenn ich nicht Chemiker werden will, dann würde mich dabei interessieren, was daran Allgemeinbildung sein soll.

Das heißt, man kann kürzen, die Schüler können sich spezialisieren in die Richtung, die sie interessiert. Ich glaube, das ist der wichtigste Punkt daran. Ein Schüler wird niemals das lernen, was ihn nicht wirklich interessiert. Das heißt natürlich, er wird es für die Schularbeit hineinstrebern und nachher vergessen und nie wieder wissen. Das Ziel unserer Schule sollte aber sein, dass der Schüler rausgeht und sagt, ich habe etwas gelernt und ich glaube, das Modulsystem wäre ein Schritt in diese Richtung. (Allgemeiner Beifall. – 10.43 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Schüler Bernd Urban. Ich erteile ihm das Wort.

Bernd Urban (10.43 Uhr): Lernen müssen wir alle. Wir in der Schule lernen. In der Wirtschaft lernen die Unternehmer auch, denn jeder, der sich heute in der Wirtschaft nicht weiterbildet, wird irgendwann unter die Räder kommen. Warum ist es eigentlich bei den Lehrern nicht so? Wir haben in unserer Schule Lehrer, die uns nach dem Stoff und nach ihrer Ausbildung aus den siebziger und achtziger Jahren auf die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Und das kann unserer Meinung nach so nicht bleiben. Wir fordern, dass unsere Lehrer im pädagogischen, im fachspezifischen und im EDV-Bereich besser ausgebildet werden, damit sie uns dieses Wissen besser weitergeben können. Wir haben ein Recht auf Bildung! (Allgemeiner Beifall. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Walter Reiner. Ich erteile ihm das Wort.

Walter Reiner (10.44 Uhr): Wir haben festgestellt, dass die Lehrpläne, die heute geführt werden, nicht mehr ganz den heutigen Standards der Wirtschaft entsprechen und finden daher, dass auf die Pläne schulautonom, spezifisch auf die Art der Schule, zum Beispiel Handelsakademie, von der Schule aus eingegangen werden kann und auch mit Vertretern der Wirtschaft und Absolventen dieser Schule oder dieses Schultyps dieser Lehrplan neu gestaltet werden kann, wobei ein Grundgerüst vom Ministerium, das sicherlich weiter wichtig ist, gestellt wird und dass dieses Grundgerüst von der Schule autonom weiterbearbeitet werden kann, damit wir gut für die heutige Wirtschaft ausgebildet werden können.

Weiters werden auch hoch begabte Schüler in den Lehrplänen nicht berücksichtigt und wir finden daher, dass für hoch begabte Schüler auch Punkte in den Lehrplänen vorgesehen werden sollten und dass ein großes Augenmerk darauf gelegt werden muss. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Schülerin Alexandra Kassler. Ich erteile ihr das Wort.

Alexandra Kassler (10.46 Uhr): Individualität, Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, eigentlich berühmte Schlagwörter unserer Zeit. Nur, wenn wir das Schulsystem von den BMHS, ganz kurze Erklärung berufsbildende mittlere und höhere Schulen, anschauen, finden wir diese Schlagwörter zwar überall in unserem Wortschatz, allerdings nicht in der Realität. Momentan schaut das so aus: Es gibt die höheren technischen Lehranstalten, es gibt die Handelsakademien und es gibt verschiedene andere Schulen, zum Beispiel HBLA. Sie sind eigentlich individuell. Nur, jeder, der in diese Schule geht, ist der Gleiche. Wo bleibt für jeden einzelnen Schüler wirklich die Individualität, die eigene Sache, für die er sich interessiert? Nirgends! Und genau das ist das Problem, denn momentan ist in unserem Schulsystem alles für die breite Masse. Nur Spezialisten, wie es vor 30 Jahren noch war, wo der Stoff der einzelnen Gebiete noch relativ dünn gesät war, da waren wir gut. Nur, heute sind wir nur mehr eine breite Masse, die sich eigentlich für nichts mehr spezialisieren kann, weil die Zeit dazu fehlt. Darum möchte ich zu bedenken geben, dass der Stoff und die Sachen, die wir können sollten, viel zu viel sind für die Zeit, die wir haben.

Wenn wir das Ganze jetzt so betrachten, wir gehen fünf Jahre in die Schule, lernen alle das Gleiche. Man muss sich zwar entscheiden zwischen HTL, HAK und so weiter, aber das muss man mit 14 Jahren. Nur, welcher Schüler kann sich wirklich mit 14 Jahren schon entscheiden, was er sein ganzes Leben lang machen möchte? Ich habe es nicht gekonnt. Gott sei Dank habe ich die richtige Schule erwischt, zum Glück. Nur, viele meiner Klassenkollegen sind anderer Meinung. Sie hätten lieber irgendetwas mit graphischen Sachen gemacht, alles Mögliche. Es ist auch versprochen worden, nur, wirklich spezialisieren kann sich niemand. Nicht einmal ich, wo ich Gott sei Dank die richtige Schule erwischt habe. Wie kann man da entgegenwirken? Mit dem Modulsystem! Ich stelle mir das folgendermaßen vor: dass es einen Grundstock gibt, den jeder Schüler absolvieren muss. Das passiert vielleicht in den ersten zwei Jahren. Dort wird wirklich Allgemeinwissen, auf welches wir großen Wert legen, den Schülern vermittelt, darüber gibt es dann eine Prüfung. Das bedeutet, jeder kann vergleichen, welcher Schüler jetzt gerade besser ist. Dann gibt es die Spezialisierungsmöglichkeiten. Jeder Schüler kann für sich selbst entscheiden, welches Gebiet für ihn wirklich wichtig ist. Das passiert mit 16 Jahren und mit 16 Jahren, bin ich vollkommen überzeugt, kann sich jeder Schüler schon eine Meinung bilden, was er machen möchte. Auch wenn es die ganze Zeit heißt, wir Schüler wissen eigentlich nichts von der Realität. Kann sein, nur, lassen die Erwachsenen und die Welt der Erwachsenen wirklich zu, dass wir etwas mitbekommen? Wir werden alle in eine Schuhschachtel gesteckt, HAK, HTL, alle miteinander und individuell kann sich keiner gestalten. Das Modulsystem hat noch einen großen Vorteil – den hat die Margret, meine Vorrednerin, auch schon angesprochen –, und zwar, wenn man sich wirklich auf ein Thema spezialisiert, hat man es später im Leben leichter, und zwar mit der Uni-Ausbildung.

Momentan schaut es so aus: Ein HAK-Absolvent hat ganz andere Sachen gemacht als ein HTL-Absolvent. Nehmen wir zum Beispiel Hochbau. Jemand hat fünf Jahre lang Hochbau gemacht, kennt sich super toll aus, hat einen tollen Abschluss. Dann kommt er auf die Uni, in der Uni sitzt er zusammen mit HAK-Absolventen, mit AHS-Absolventen

und so weiter, macht das gesamt Gleiche noch einmal und fängt von Null an. Jeder normal denkende Mensch denkt sich, naja, wenn das nicht unbedingt genau meine Richtung ist, dann nehme ich etwas anderes. Ich habe fünf Jahre umsonst in der Schule gesessen. Und genau das kann es nicht sein.

Darum fordern wir zusammen mit dem Modulsystem an der Schule ein Modulsystem für die Unis. Das bedeutet, jemand, der schon etwas gemacht hat, soll höher einsteigen können als jemand, der noch keine Ahnung davon hat. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung von der Schülerin Sarah Stross. Die Schülerin Stross ist am Wort.

Sarah Stross (10.50 Uhr): Wir beginnen nach der Grundschule, Volksschule meistens unsere weitere Schulbildung mit der Aussicht, okay, nach acht Jahren habe ich meine Matura, dann bin ich die Schule los. Was aber ist danach? Irgendwo dazwischen müssen wir uns entscheiden für einen Beruf. Leider Gottes ist aber nur in der Unterstufe Berufsorientierung vorgesehen. Das heißt, in den meisten Fällen sieht die Berufsorientierung in der Unterstufe so aus, dass man darauf vorbereitet wird, wie schreibt man einen Bewerbungsbrief, was aber meiner Meinung nach und unserer Meinung nach weniger sinnvoll ist. Man sollte lieber in der Unterstufe auf Schüler eingehen und ihnen Informationen über die verschiedenen Schultypen geben, wie zum Beispiel eine HAK oder eine HTL, und nicht etwa wie man ein Bewerbungsschreiben schreibt.

In der Oberstufe ist keine einzige Stunde Berufsorientierung vorgesehen, wo dies viel mehr notwendig wäre. Man sollte eher persönliche Beratung stattfinden lassen, um mehr auf den Schüler und seine individuellen Begabungen einzugehen, um ihm einen guten Beruf zu empfehlen. Ich denke gerade heute bei der Arbeitsmarktsituation, die wir in den nächsten paar Jahren haben werden, ist es besonders wichtig, Schülern eine gute Perspektive zu geben, um sich für einen geeigneten Beruf zu entscheiden, mit dem sie auch Erfolgchancen haben. (Allgemeiner Beifall. – 10.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Stefan Kasper.

Stefan Kasper (10.52 Uhr): Wir, die Schülervvertretung, sind der Meinung, dass ein verpflichtendes Lehrerfeedback auch im Bereich der AHS und BMHS für alle Beteiligten wichtig und nicht nur wichtig, sondern auch höchst interessant wäre. Man soll jetzt dieses Wort „Schülerbenotung“ oder „Lehrerfeedback“ nicht als Benotung oder als eine Art Verständigung zwischen Lehrern und Schülern verstehen. Es würde vor allem das Mitgestaltungsrecht im Unterricht und die Qualitätsabsicherung von Lehrern und Schülern fördern. Es sollte meiner Meinung anonym ablaufen, es führt höchstwahrscheinlich auch zu einer Motivation der Lehrer. Ein kleines Beispiel: Zum Beispiel bei den Fachhochschulen gibt es dieses Lehrerfeedback bereits. Dort werden die Ergebnisse ausgewertet, analysiert und dann vorgetragen vor einem gewissen Rat. Die Meinungen der Lehrer sind zum Beispiel an der Schule des BG/BRG Leibnitz und auch an manchen Deutschlandsberger Schulen sehr positiv zu diesem Thema. Es würde auch vor allem zu einer Verbesserung der Schulpartnerschaft und zu einer Verbesserung des Unterrichts führen.

Dann möchte ich Ihnen herzlich danken auf dem Podium, Ihnen allen im Saal für Ihr Kommen und Zuhören. Sie haben nun einige Vorschläge von uns bekommen, Sie werden noch weitere erhalten und ich hoffe, dass Sie etwas daraus machen. Danke! (10.54 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Schüler Thomas Brandner.

Thomas Brandner (10.54 Uhr): Globalisierung: Globalisierung ist gut. Globalisierung brauchen wir. Globalisierung bringt Wirtschaftsfortschritt in der Telekommunikation, in den neuen Technologien, zum Beispiel in der Stromliberalisierung speziell im Moment bei uns in Österreich. Wir brauchen die Globalisierung, um am Markt Erfolg haben zu können, um am internationalen Markt wettbewerbsfähig zu sein. Die Globalisierung ist die Zukunft. Doch man sollte bei der Globalisierung berücksichtigen, dass sie nicht so schnell vorangehen soll. Das richtige Tempo ist maßgebend. Ich möchte Ihnen ein geschichtliches Beispiel geben. Zum Beispiel der Schah von Persien war seiner Zeit weit voraus und er war ein sehr weiser Mensch. Er dachte oft zehn, 20 Jahre im Voraus, doch sein Volk konnte mit seinem Tempo, mit seinen Gedanken, mit seinen Vorstellungen nicht mit. Dem Volk ging es zu schnell. Und daran scheiterte es. Und deshalb möchte ich auch betonen, dass man die Globalisierung nicht zu schnell vorantreiben soll. Speziell um jetzt die Überleitung zur Schule zu finden.

Der Zukunftsdruck auf Schüler, auf Jugendliche wird immer größer. Die Eltern gehen zu ihren Kindern hin und sagen, wenn du nicht in diese Schule gehst oder wenn du nicht das lernst oder jenes lernst, wirst du keinen Erfolg im Leben haben. Wie schon angesprochen, Lehrlinge, Lehrlingsausbildungen werden immer abgewertet, es gibt immer weniger Lehrlinge, denn die Berufsschulen sind nicht mehr so angesehen, gleichfalls das Polytechnikum und diese Schulen werden von der Gesellschaft – wie schon am Anfang angesprochen – als Schulen zweiter Klasse dargestellt und der Druck wird auf die Schüler größer und größer.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, die Jugend, wir, wir alle hier, wir brauchen Zeit, um uns zu entwickeln und deshalb sollte man aufpassen, dass die Globalisierung nicht so rasch vorangeht. Danke schön! (10.56 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Schüler Michael Pötsch. Ich erteile ihm das Wort. Er meldet sich nicht. Daher geht die Wortmeldung an die Schülerin Valentina Sbaschnik.

Valentina Sbaschnik (10.56 Uhr): Ab dem heurigen Wintersemester müssen Studenten die völlig unsoziale demokratiefeindliche und inakzeptable Studiengebühr zahlen. Die Regierung meint, dass sie damit die Studiendauer kürzen möchte und dass sie damit die Ausfallsquote senken möchte. Doch in Wirklichkeit dienen Studiengebühren nur dazu, um das Budgetloch stopfen zu können. Ein gern verwendetes Argument ist das, dass es in anderen Staaten ja auch Studiengebühren gibt. Nur, meiner Meinung nach ist das noch lange kein Argument für diese Gebühren. Außerdem gibt es in Norwegen, Schweden, Finnland, Luxemburg, Griechenland keine Studiengebühren und in Frankreich nur in Form eines Verwaltungsaufwandes in der Höhe von 3000 Schilling pro Jahr. Man möchte mit diesen Studiengebühren auch die Durchschnittsstudiendauer kürzen und somit die Studenten zu schnellerem Studieren zwingen. Doch zirka zwei Drittel der Studenten gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach und einige von ihnen auch einer Vollzeitbeschäftigung, um sich den Lebensunterhalt und das Studium finanzieren zu können. Doch die Studiengebühren verschärfen nun diese finanzielle Lage dieser Studenten und diese Studenten müssen jetzt länger arbeiten, mehr arbeiten gehen, um mehr Geld zu erwerben. Dadurch haben sie weniger Zeit zum Studieren und die logische Folge ist nur, dass das Studium noch länger wird. Um die Durchschnittsstudiendauer wirklich senken zu können, wäre es nötig, dass diese Studenten die Universität verlassen und anderen Arbeiten nachgehen. Nur, dadurch würde der Bildungsdurchschnitt der österreichischen Bevölkerung sprichwörtlich in den Keller rasseln.

Studiengebühren führen zu einer Demontage der Chancengleichheit, zu einer Elitenbildung und krass ausgedrückt zur Verblödung der österreichischen Bevölkerung. Ein sehr gutes Beispiel dafür wäre die USA.

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass in einer Demokratie die volle Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist. Und politische Mitbestimmung erfordert die bestmögliche Bildung möglichst vieler Personen. Daher ist es für mich zutiefst undemokratisch, Universitäten mit Gebühren zu belegen, dadurch einen Großteil der Bevölkerung von der Ausbildung auszuschließen. Bildung darf kein Privileg der finanziell besser gestellten Schichten werden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Schüler Marc Knes.

Mark Knes (11.00 Uhr): In einer Schulklasse findet man immer ein paar Leute, die zum Beispiel in Geschichte sich etwas schwer tun sich zu konzentrieren beziehungsweise fast schlafen. Es gibt ein paar, die fasziniert sind von der Geschichte. Für mich stellt sich jetzt die Frage, wie kann man es schaffen, dass nur interessierte Schüler in der Klasse sitzen? Durch eine Methode, wo sich jeder seinen eigenen Stundenplan erstellen kann – das Modulsystem. Dies ist der Einstieg in eine Weiterbildung mit nicht dagewesenen Möglichkeiten der individuellen Schwerpunktsetzung nach persönlichen Interessen. Das Modulsystem erlaubt, einen besser auf die Wirtschaft abgestimmten Schullehrplan zu entwickeln. Warum sind sonst Einrichtungen wie das BFI auf solche Lehrmethoden eingestellt? Modul bedeutet auch Teil eines Ganzen. Und wenn man nur kleine Teile statt große Brocken zu schlucken hat, fällt es einem leichter, diese zu verdauen. Außerdem werden die Softskills, die Schlüsselqualifikationen, die auch so begehrten, schon von Vornherein entwickelt. Und je früher man beginnt, sich auf so etwas einzustellen, desto leichter fällt einem dann die Einstellung an der Uni. Dadurch wird das Risiko, später mit der Umstellung nicht zurechtzukommen, von Vornherein schon minimiert. Also summa summarum kann man mit dem Modulsystem mehr lernen und das in kürzerer Zeit und es dient als Vorbereitung für das Studium. Und das Wichtigste an allem, man hat einen glücklichen Schüler. (Allgemeiner Beifall. – 11.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Markus Ruhhütl. Ich erteile ihm das Wort.

Markus Ruhhütl (11.02 Uhr): Man lernt nie aus – das wird einem Schüler heutzutage schon sehr früh mit auf den Weg gegeben. Und genau so sollte unser Lehrpersonal ständig auf dem neuesten Stand sein. Eine Fortbildung ist nicht nur im pädagogischen Bereich, sondern auch im fachspezifischen Bereich sehr wichtig, denn in der heutigen computerisierten Zeit ist sehr schnell der Anschluss verloren.

In der heutigen computerisierten Zeit ist sehr schnell der Anschluss verloren. Besonders im Bereich der computerunterstützten Textverarbeitung sowie der Wirtschaftsinformatik müssen die heutigen Lehrpersonen ständig Schulungen und Seminare besuchen. Wenn in einer Oberstufe ein Professor mit den Programmen, die er zur eigentlichen Durchführung seines Gegenstandes benötigt, nicht zurechtkommt, wie kann dies dann von seinen Schülern verlangt werden? In Österreich hat jeder ein Recht auf Bildung. Diese Bildung soll jedoch zeitgemäß und korrekt durchgeführt werden. Schulungen sollen jedoch nicht auf Kosten der Schüler gehen, das heißt, dass sie in der eigentlichen Unterrichtszeit durchgeführt werden. Dafür sollten die schulautonomen Tage herangezogen werden. Von uns Schülern wird es verlangt, dass wir uns mit den Utensilien, die wir zur Durchführung unserer Gegenstände benötigen, auseinander setzen. Warum soll dies dann nicht für unsere Lehrer gelten? Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Roman Nußgruber.

Roman Nußgruber (11.03 Uhr): Ich möchte auf die Vorrednerin zu den Studiengebühren Stellung nehmen. Zweifellos stellen die Studiengebühren eine Belastung für jeden Studenten dar, vor allem für diejenigen, die sich das Studium selbst durch Arbeit finanzieren müssen. Es gibt aber triftige Gründe dafür, warum sie eingeführt worden sind. Sie sind weder unsozial, undemokratisch noch führen sie zur Verblödung, weil das Beispiel USA gebracht worden ist. In den USA ist das öffentliche Schulsystem gratis. Diese Schulen sind schlecht ausgestattet und dort ist die unterschichtige Gesellschaft anwesend, die sich eigentlich nicht wirklich für die Bildung interessiert. Diejenigen, die eine gute Ausbildung bekommen möchten, sind in Privatschulen untergebracht. Die Gründe für die Studiengebühren, die zwar belastend, aber doch sehr sinnvoll sind, sind folgende: Auf Grund der langjährigen desolaten Bildungspolitik ist das System der österreichischen Universitäten stark herabgewirtschaftet worden, die Ausstattung ist schlecht und die Hörsäle sind dauerhaft überfüllt. So kann es ja nicht weitergehen. Ebenso sind die Universitäten natürlich die Stätte der Forschung. Österreich hat eine sehr niedrige Forschungsquote im internationalen Vergleich. Um auf Gebieten wie Gentechnik oder Informatikbereichen, wo wir jetzt Fremdarbeiter aufnehmen müssen, um unser Bildungsdefizit ausgleichen zu können, ist es sehr wichtig, gut ausgestattete Universitäten zu haben, die auf dieser Forschungsebene mithalten können. Vor allem im EU-Bereich sind wir schon im Schlussfeld gelandet. Diese Maßnahmen können nicht sofort greifen, weil jetzt schon wieder Einwände kommen, dass jetzt das erste Jahr mit den Studiengebühren vorbei ist. Es gibt immer noch überfüllte Hörsäle und so weiter. Das wird natürlich noch einige Zeit dauern. Außerdem gibt es noch ein Stipendiensystem für ambitionierte Schüler und Schülerinnen, die es in Anspruch nehmen können und nicht die volle Studiengebühr berappen müssen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Schüler Michel Mera.

Michel Mera (11.06 Uhr): Meine Damen und Herren!

Man darf sich unser Bildungssystem wie ein Quadrat vorstellen. Auf der einen Seite haben wir die Bildung und auf der anderen Seite die Schüler, weiter oben die Werteinheiten und das Geld. An letzteren zwei mangelt es und fehlt es an allen Ecken und Enden. Der Staat muss sparen. Das ist derzeit für uns ein großes Problem. Es ist so, dass wir in den Jahren davor relativ freizügig in der Schule gelebt haben. Wir hatten unverbindliche Übungen wie Schach, Turnen, hier noch ein bisschen und da noch ein bisschen und das relativ kostspielig, ein riesiges Angebot, was wenige Schüler genützt haben, aber man hat es hinausgeworfen und es hat Geld gekostet. Und das haben wir jetzt nicht mehr. Deswegen müssen wir sparen, auch wenn es weh tut. Die Zeiten werden vorübergehen und irgendwann müssen wir nicht mehr sparen und wir haben dann das Geld wieder für einen normalen Standard. Derzeit müssen wir auf längere Zeit aufpassen, dass wir nicht zu tief in eine Budgetkrise hineinsteuern. Und das macht die derzeitige Regierung und hat die Regierung gemacht, die vorher war und die derzeit involviert ist. Sie hat den Fehler gemacht, das Geld rauszuhauen. Das war ein Fehler von den Politikern, und nicht von uns. Wir müssen jetzt darunter leiden. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu arg wird, dass wir nicht zu sehr darunter leiden. Deshalb frage ich mich, wo fließt das Geld derzeit hin, außer in die Finanzlöcher, und warum bekommen wir das Geld nicht, wenn wir es brauchen würden, damit wir eine Gruppe von 25 Personen haben, die eigentlich nicht mehr zu unterrichten ist? Wo fließt das hin? (Allgemeiner Beifall. – 11.08 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Karl Kowald. Ich erteile ihm das Wort.

Karl Kowald (11.08 Uhr): Ich möchte das Thema Berufsorientierung noch einmal anschneiden, und zwar beginnt das Problem schon bei der 8. Schulstufe. Es kommt die erste Entscheidung: Was mache ich? Beginne ich mein 9. Schuljahr, das verpflichtend ist, bereits für die Berufsschulbildung, gehe ich in den berufsbildenden Zweig oder bleibe ich in der Allgemeinbildung mit der AHS? Da gibt es das große Problem, dass zu viel Druck von außen auf die Schüler kommt, vor allem von Eltern, aber auch teilweise von Lehrern und nicht auf die Begabungen der Schüler beziehungsweise auf die Interessen geachtet wird. Deshalb sollte man hier schon mit unverbindlichen Eignungstests anfangen und den Schülern zeigen, wo ihre Interessen beziehungsweise ihre Begabungen liegen, um sich nachher entscheiden zu können, natürlich nicht müssen. Zwingen darf man niemanden zu etwas. Besonders wichtig dabei ist wieder einmal die persönliche Beratung. Der Informationsfluss in unserer heutigen Zeit ist enorm, vor allem durch das Internet, wo immer mehr Information zur Verfügung steht und man sich nicht mehr hinausieht. Man hat in der persönlichen Beratung den Vorteil, dass man genau das, was für einen persönlich relevant ist, an Information zur Verfügung gestellt bekommt. Kurz vor der Matura gibt es folgendes Problem, und zwar ist es das fehlende Interesse der Schüler, weil jeder glaubt, dass er ohnehin noch ein halbes Jahr Zeit bis zur Matura hat. Die Burschen müssen noch zum Bundesheer und daher hat man noch viel Zeit. Die Zeit vergeht dann aber relativ schnell, dass man sich in geringer Zeit entscheiden muss und es dann zu Fehlentscheidungen kommt. Genau deshalb sollte man hier ansetzen. Man sollte Informationsmessen direkt an Schulen anbieten, allerdings in kleiner Form, dass man nur grundsätzlich ein paar Informationen bekommt und dass niemand mit den Informationen überfordert wird und dass man Kontaktadressen dort lässt. Durch diese Informationsmessen kann man das Interesse der Schüler wecken, indem man die Burschen und Mädels aufmerksam macht, dass es nicht mehr so viel Zeit gibt, wie sie glauben. Das geht schneller als man denkt. Zum anderen sollte man bei diesen Informationsmessen Kontaktadressen anbieten, dass man die Möglichkeit zur persönlichen Beratung hat. Wenn der Schüler sich richtig informiert und nach seinen Interessen und Begabungen geht, dann hat er im Endeffekt als Arbeitnehmer Spaß an der Arbeit und durch das Interesse ist es auch effektiver für die Wirtschaft. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.11 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Schüler Franz Christian Friedam.

Franz Christian Friedam (11.11 Uhr): Ich möchte zum Thema Modulsystem Stellung nehmen. Ich finde, zu viel Spezialisierung im Bildungssystem führt irgendwie zur Bildung von Fachidioten, wie man das in den USA sehen kann, was nicht erstrebenswert ist. Dennoch sollte man in einem gewissen Maß eine allgemeine Bildung durchführen, aber auch eine Spezialisierung. Das ganze sollte zweigleisig laufen. Es wäre in der Bildung in einem neuen Schulsystem überhaupt zu verankern. Diese zweigleisige Führung, auch allgemeine Bildung, ist in der heutigen Zeit auf alle Fälle notwendig. Wie viele Berufsspartenwechsel ein Mensch im Laufe seiner Karriere durchmacht, ist unaussprechlich. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Schüler Herbert Hansmann. Ich erteile ihm das Wort.

Herbert Hansmann (11.12 Uhr): Ich möchte auf die Problematik der Landwirtschaftsschulen in der Steiermark aufmerksam machen. Es ist derzeit so, dass die Schülerzahlen immer mehr zurückgehen. Das merke ich ganz stark in meiner Schule. Ich gehe in die Landwirtschaftliche Fachschule Grottenhof-Hardt. Es waren früher bis zu 40 Schüler in einer Klasse, wir sind derzeit 18 Schüler. Daraus folgen kann man, dass das Image der Landwirtschaft sehr viel schuld ist. Wenn man zu irgend jemand sagt, du, ich gehe in eine Landwirtschaftsschule, dann heißt es Bauerntempel und hört derartige Aussagen. Das kann es wirklich nicht sein, dass sich die Gesellschaft nicht bewusst ist, welche Aufgabe die Landwirtschaft hat, die Versorgung mit Lebensmitteln und Derartigem. Weiters möchte ich sagen, für die Vorbereitung auf die Wirtschaft sollten nicht nur die Schulen die Verantwortung tragen, sondern derjenige selbst. Er sollte sich Vereinen anschließen, die Veranstaltungen machen oder irgend etwas haben, was mit der Wirtschaft zu tun hat, zum Beispiel die Landjugend. Diese wird auch immer weniger angenommen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Udo Eiselt. Er ist am Wort.

Udo Eiselt (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir haben gerade vorher von den Studiengebühren gehört. Ich bin ganz der Meinung, dass Bildung kein Privileg sein darf. Aber die Studiengebühren sind kein Faktor, der die Bildung zum Privileg macht. Es gibt genug Auffangnetze, die sozial Schwächere auffangen. Ich komme bei Gott nicht aus einer reichen Familie, aber auch ich kann studieren und kann es mir leisten. Es gibt genug Studenten, ich habe das selbst miterlebt, die in Kursen drinnen sitzen, die in Vorlesungen drinnen sitzen und jahrelang keine Prüfung machen. Ich glaube, dass die Studiengebühren auch eine Möglichkeit sind, die Universität flexibler zu machen, die Universität etwas von diesem schwammigen und aufgeblasenen – mir fallen leider keine anderen Worte ein, wie ich es beschreiben könnte – irrsinnig großen System etwas zu verkleinern. Das Geld muss jedoch wirklich für die Universität verwendet werden. Aber so weit sind wir noch nicht. Wir müssen zuerst die Löcher stopfen, die in jahrelanger Verschwendungspolitik aufgerissen wurden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Schülerin Gudrun Scherf. Ich erteile ihr das Wort.

Gudrun Scherf (11.15 Uhr): Ich möchte jetzt noch gerne zur Aktualisierung von den Lehrplänen Stellung nehmen. Es ist vorhin schon angeschnitten worden, dass es wichtig ist, in Gegenständen wie Informatik und so weiter den Lehrplan immer wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Wir befinden uns in einer Zeit, wo alles sehr schnelllebig ist. Es gibt den technischen Fortschritt und wir sollen nicht von dem überrollt werden. Deshalb finde ich das erstens einmal sehr wichtig, zweitens finde ich es wichtig, dass wir nicht nur den Lehrplan auf den aktuellen Stand bringen, sondern auch die Lehrer, die uns den Unterrichtsstoff vermitteln sollen. Es ist nämlich so, dass Lehrer von uns ein Wissen verlangen und das können sie auch ruhig, wenn sie auch in der Lage sind, uns welches zu vermitteln. Dann sind wir gerne bereit zu lernen und auch ihnen das Wissen wiederzugeben, das sie uns vorhin angeeignet haben. Außerdem wäre es nicht schlecht, wenn ein Informatiklehrer auch etwas Allgemeinwissen hat, wenn er zum Beispiel weiß, dass es auch einmal einen James Watt gegeben hat und dass dieser etwas mit Strom zu tun gehabt hat. Darum ist es wichtig, wenn wir ein Allgemeinwissen vermittelt bekommen von Lehrern, die selbst eines haben. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 11.17 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Sbaschnik Valentina. Ich darf bitte sagen prinzipiell zu einem Tagesordnungspunkt nur immer einmalige Meldung, dann selbstverständlich zum nächsten Tagesordnungspunkt wieder.

Valentina Sbaschnik (11.17 Uhr): Ich möchte eine Frage stellen. Habt ihr noch nicht darüber nachgedacht, dass Milliarden ins Bundesheer und in die Rüstung fließen und ihr verlangt, dass wir beim Bildungssystem sparen? Meiner Meinung nach sollten wir einmal bei den Politikergehältern zu sparen beginnen und am Gehalt des Herrn Bundespräsidenten. Wenn ein Herr Minister Grasser meint, er will sein Minimumgehalt nicht haben, dann ist das mehr als unfair. Und es ist das Recht jedes Menschen, sein Leben und seine Bildung selbst zu bestimmen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 11.18 Uhr.)

Präsident: Die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt kommt von Jan Sisko. Bitte!

Jan Sisko (11.18 Uhr): Liebe Anwesende!

Es wurde heute schon öfters angesprochen, dass die Vernetzung von Wirtschaft und Schule vorangetrieben werden sollte. Das finde ich als vollkommen richtig, da es notwendig ist, die Schüler auf die Arbeitswelt vorzubereiten und die Bedürfnisse der Wirtschaft abzudecken. Aber dabei möchte ich auch darauf hinweisen und davor warnen, dass man das Spiel nicht zu weit treiben sollte. Schule sollte niemals in die Abhängigkeit der Wirtschaft fallen, weil die Gefahr dabei besteht, falls Sponsoring durch die Wirtschaft in nächster Zeit für Schulen ein Thema ist, diese dann auch davon abhängig sind. Und ich möchte darauf hinweisen, dass eigentlich die Wirtschaft für den Menschen da sein sollte und nicht umgekehrt, nicht der Mensch für die Wirtschaft. Ich sehe ebenfalls die Gefahr, dass man in der Schule nur darauf vorbereitet wird, in der Wirtschaft das Rad im Werk darzustellen und dass auf Allgemeinbildung und soziale Kompetenz nicht mehr so viel Wert gelegt wird, was meiner Meinung nach ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.19 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Jugend und Gesellschaft.

Berichterstatterin ist die Schülerin Julia Winkler. Ich erteile ihr das Wort.

Julia Winkler (11.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Delegierte!

Ich möchte mich kurz vorstellen, mein Name ist Julia Winkler. Ich besuche das Bundesgymnasium Dreihackengasse und bin in der Landesschülervertretung tätig. Zuallererst ist es mir eine große Ehre, hier als Berichterstatterin für den Ausschuss Jugend und Gesellschaft sprechen zu dürfen. Ein wichtiger Punkt für mich ist, dass ich mich ganz am Anfang einmal herzlich bedanken möchte, dass wir heuer wieder die Möglichkeit bekommen haben, unsere Anliegen hier vortragen zu können und wie schon angesprochen worden ist, es mir ein Anliegen wäre, wenn dieser Jugendlandtag ein Fixpunkt im Jahr werden würde. Und hier ein großes Dankeschön.

Wir kommen jetzt zum Punkt eins, Drogen. Der wichtigste Punkt, um das Drogenproblem in den Griff zu bekommen, ist unserer Meinung nach Aufklärung und Prävention. Nur wenn man die Hintergründe für Drogensucht sieht, kann man effektiv dagegen ankommen. Man muss dieses Problem bei den Wurzeln anpacken und deshalb fordern wir mehr Aufklärung und bessere Gewährung eines guten Umfeldes, zum Beispiel Elternhaus, Schule, Freizeiteinrichtungen und so weiter. Man muss dabei bedenken, es wird sicher niemand freiwillig kriminell und es greift auch sicher niemand freiwillig zu Drogen. Das hat Gründe! Für uns sind nicht nur Ecstasy oder solche Dinge Drogen, sondern auch Alkohol. Es sollte in der heutigen Zeit der Kauf und Konsum von Alkohol strenger kontrolliert werden. Wir haben ein Jugendschutzgesetz, das vorschreibt, dass Alkohol erst ab 16 konsumiert werden darf. Wir möchten, dass dieses auch eingehalten wird. Weiters fordern wir auch strengere Strafen für Drogendealer, zum Beispiel kleinere Grenzmen gen oder längere Haftstrafen.

Punkt zwei, Jugend und Arbeit. Jugendliche, die eine höher bildende Schule besuchen, sollten die Möglichkeit haben, auch schon während ihrer Ausbildung teilweise ihr eigenes Geld zu verdienen. Um dies zu ermöglichen, wäre eine spezielle Broschüre mit geeigneten Angeboten, unter Umständen um auch die Suche nach Ferienjobs zu erleichtern, sehr hilfreich.

Weiters wäre es notwendig, die Maximalverdienstgrenze für die Kinderbeihilfe höher anzusetzen, um das Engagement nicht durch einen Verlust dieser Unterstützung zu bestrafen. Ich kenne Jugendliche aus meinem eigenen Freundeskreis, die das machen und die dadurch große Probleme bekommen haben, dass den Eltern die Kinderbeihilfe gestrichen wird. Das sollte nicht Ziel sein, dass man dieses Engagement dadurch bestraft.

Zum Thema „Jugend und Arbeit“ gehört natürlich vor allem die Lehrlingsituation. Das Lehrlingsrecht wird leider sehr oft nicht eingehalten. Natürlich kann sich jeder Lehrling bei Verletzung seines Rechtes an die zuständigen Stellen wenden, aber in der Realität kommen dadurch oft Probleme mit dem Lehrherrn zustande. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, dass alle Lehrplätze stichprobenartig kontrolliert werden, um gewisse Ungerechtigkeiten, zum Beispiel Arbeitszeiten, zu vermeiden.

Der Punkt „Arbeitszeiten“ betrifft sicher nur einige Berufe, wie zum Beispiel das Gastgewerbe. Allerdings sollte auch in dieser Berufsrichtung darauf geachtet werden, dass das Lehrlingsrecht eingehalten wird.

Das soziale Jahr für Mädchen, ein Punkt, der sicher viel umstritten ist. Frauen bekommen oft den Vorwurf der Männer zu hören, dass sie durch die Emanzipation nur Rechte erreichen wollen, aber keine Pflichten akzeptieren. Wir fordern auch für Mädchen ein verpflichtendes soziales Jahr, weil dieser Dienst sicher nur eine Bereicherung, aber kein Schaden sein kann. Ein sicherlich umstrittener Punkt. Ein Punkt, wo es heißt, Männer und Frauen sind natürlich nicht einmal gleich, weil schließlich bekommen auch wir Frauen die Kinder, habe ich gehört als Argument darauf. Allerdings glauben wir, dass es natürlich Unterschiede gibt, aber dass diese Unterschiede nicht so groß sind. Und ein freiwilliges soziales Jahr kann für jeden nur eine Bereicherung in seinem Leben sein, wenn man mit anderen Menschen arbeitet und es wird wahrscheinlich nie ein Schaden sein.

Punkt vier, Jugendstrafen:

Wir wollen, dass Jugendliche selbst die Verantwortung für ihre Taten übernehmen müssen, aber nicht mit Auswirkungen auf ihr ganzes Leben. Natürlich gibt es Umstände, die einer Haftstrafe bedürfen. Allerdings sollte in Betracht gezogen werden, dass der Weg der Integration nach einiger Zeit in einer Jugendstrafanstalt sicher schwieriger zu gehen ist und diese Strafe oft die gegenteilige Wirkung, nämlich eine weitere Straftat zur Folge hat. Deshalb fordern wir mehr außergerichtliche Tauschgleiche in Form von Sozialdiensten, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben sich zu ändern und ohne vorbelastende Vorstrafe ins Berufsleben einsteigen zu können. Mit solchen Sozialdienststrafen erreichen wir, dass Jugendliche mit Menschen zusammenarbeiten, dass sie sich leichter integrieren können und es hat sicher einen besseren Einfluss auf diesen Jugendlichen als eine Haftstrafe und der Weg ins Berufsleben wird für ihn sicher dadurch einfacher sein.

Punkt fünf, Integration:

Integration ist nicht nur für Jugendstraftäter oft ein Problem. Auch für behinderte Jugendliche ist das Alltagsleben oft nicht leicht. Um solchen Menschen die Möglichkeit für ein leichteres Leben zu geben, finden wir es wichtig, mehr Schulen, Freizeiteinrichtungen et cetera behindertengerecht auszubauen. Dass auch Leute, die von Geburt her schwächer – wenn man es so nennen darf – dargestellt sind und ein schwierigeres Leben vor sich haben, die Möglichkeit haben, mit anderen Jugendlichen gemeinsame Dinge zu machen, gemeinsame Projekte zu entwickeln und es nicht auf Grund von Handicaps, wie eine Schule, die drei Stöcke hat, keinen Lift und ich kann nicht in den dritten Stock rauf und kann deswegen diese Schule nicht besuchen, weil ich im Rollstuhl sitze, das sollte bitte nicht sein.

Punkt sechs, Eigenschutz:

Auf Grund der immer größer werdenden Kriminalität fordern wir einen kostenlosen Selbstverteidigungskurs für jene Schüler oder zumindest ein besseres Angebot von solchen Kursen an Schulen zum Beispiel als unverbindliche Übung. Ich glaube, das wäre eine der unverbindlichen Übungen, die sicher sehr sinnvoll wäre, sinnvoller als manch andere und bei der nicht eingespart werden sollte. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Omid Redjaian. Ich erteile Ihnen das Wort.

Omid Redjaian (11.26 Uhr): Wie sieht unsere Zukunft aus? Wie sieht die Zukunft der Jugend aus? Wie ist es mit der Kriminalität? Wie ist es mit dem Drogenmissbrauch? Wie schaut das aus? Macht das jemand gerne, macht das jemand freiwillig? Geht jemand da hin und sagt, ja, ich bin froh, dass ich Drogen nehme? Nein, natürlich nicht! Nur, wie kann man jemand daran hindern? Wie kann man jemand aus diesem Sog herausbekommen? Das ist die Frage. Böse Zungen mögen behaupten, dass die einen anfälliger für so etwas sind, dass sie eher zur Kriminalität neigen, eher zum Drogenmissbrauch neigen, eher zu Gewalt neigen. Ein vollkommener Unsinn, das ist natürlich nicht der Fall. Ein Grund ist einfach Unterbeschäftigung. Die Jugend, die Kinder, die Schüler sehen einfach keinen Sinn mehr darin, irgendetwas zu tun. Sie hocken den ganzen Tag in der Schule, in der Arbeit, in der Lehre und sehen keinen Sinn darin. Sie sehen nicht, was liegt noch vor mir? Was mache ich, wenn ich damit fertig bin? Habe ich noch andere Möglichkeiten? Wo sind meine Grenzen? Und ich finde, den Schülern sollte die Möglichkeit gegeben werden, diese Grenzen auszutesten. Man soll den Schülern, den Jugendlichen, den Kindern die Möglichkeit geben zu wissen, wie weit kann ich gehen, wo liegen meine Grenzen, was kann ich, was schaffe ich. Das ist das Wichtige. Jeder Schüler sollte die Möglichkeit haben, seinen Horizont grenzenlos zu erweitern und so mit mehr Angeboten. Natürlich kann man sagen, es wird schon so viel angeboten, aber wer weiß davon? Wo ist die Kommunikation zwischen Jugend und denen, die das anbieten? Wie gut sind die Anbieter? Das sind die Probleme.

Ein Vorschlag wäre natürlich, da die meisten von uns, da die meisten der Jugendlichen entweder in die Schule oder in die Lehre gehen, dass man dort einfach genauere Information austrägt. Dass die Schüler einfach ein breites Spektrum an Möglichkeiten serviert bekommen, aus dem sie frei entscheiden können, was sie nehmen wollen. Dass sie dazu nicht verpflichtet werden, so, du hast dich dafür entschieden, jetzt musst du da hingehen und bis zum Ende durchhalten. Jeder Schüler sollte die Möglichkeit haben, selber irgendwo einen Sinn in seinem Tun zu sehen. Jeder sollte wissen, was er will. Jeder sollte wissen, was er kann, weil ich finde, dass wir, die wir die Möglichkeit haben etwas zu bewegen, uns dafür einsetzen sollten, dass jeder die Möglichkeit hat, seinen eigenen Weg zu finden, weil manche haben nun einmal den richtigen Weg verloren und auf den sollte man sie irgendwie zurückführen können. Und deshalb bitte ich alle, die hier anwesend sind, also bitte ich das Land Steiermark, uns nichts zu verwehren, was uns wieder einen Sinn zum Dasein geben könnte, einen Weg für die Zukunft zeigen könnte, falls wir jemals diese Blickrichtung verlieren sollten. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Simon Werba. Ich erteile es Ihnen.

Simon Werba (11.30 Uhr): Guten Tag!

Also, vor ein paar Tagen habe ich im Radio von einer Umfrage gehört, bei der festgestellt wurde, dass 20 Prozent der befragten Jugendlichen schon einmal Drogen konsumiert haben beziehungsweise sie noch immer konsumieren. Das muss man sich einmal vorstellen. Das heißt, dass jeder Fünfte von uns Jugendlichen schon mit Drogen hantiert hat. Da frage ich mich, wo die Gründe liegen. Meine Meinung ist der Grund, dass die Schüler einfach zu wenig aufgeklärt werden. Gut! Die Lehrer versuchen in der Schule uns aufzuklären, aber das ist nicht sehr hilfreich, weil die Lehrer in

unserer aller Augen nicht gerade die glaubwürdigsten Personen sind. Ich empfehle daher, dass der Staat das Prinzip der Aufklärung etwas überdenkt und andere Maßnahmen macht. Die Stadt sollte zum Beispiel versuchen, vermehrt mit Plakaten und Werbung im Radio und im Fernsehen die Schüler gegen Drogen aufzulehnen. Weiters sollte man in Betracht ziehen, dass in Diskos und in Bars in der Nacht mehr Polizeikontrollen durchgeführt werden, da die jetzigen Polizeikontrollen keineswegs ausreichend sind und die Schüler unbeeindruckt davon in aller Ruhe in der Nacht Rauschgift konsumieren können und sich eben zulaufen können. Schließlich wollen wir alle nicht, dass die jetzige noch relativ normale Situation in unserer Stadt, also in unserem Land, eigentlich eskaliert. Keiner will, dass unser schönes Land Steiermark zum Drogenparadies wird. Ich bin sicher, keiner will das. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Barbara Tschiggerl. Ich erteile es Ihnen.

Barbara Tschiggerl (11.32 Uhr): Hoher Landtag! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Zum besseren Verständnis stellen wir uns die Frage, was ist Kriminalität und wie ist das heutige Gesicht der Kriminalität? Meist ist es Bedrohung, Bedrohung von Hab und Gut, Gesundheit und Leben.

Ich bin stark davon überzeugt, dass sich niemand freiwillig dafür entscheidet, kriminell zu werden, sondern dass es in der Vergangenheit dieser Menschen bestimmt ein Erlebnis gegeben hat, welches sie in eine kriminelle Bahn geleitet hat, sei es, dass sie eine zerrüttete Kindheit hatten, dass sie ihren Arbeitsplatz verloren haben oder seien es Süchte aller Art. Hier wären wir beim aktuellsten Thema angelangt: die Drogenkriminalität. Die Drogenkriminalität ist in der Steiermark und besonders in der Stadt Graz derzeit sehr stark im Ansteigen. Um die weltweite Drogensituation etwas genauer zu erläutern, möchte ich einen Vergleich bringen: Der weltweite Drogenhandel bringt größere Gewinne als die weltweite Autoindustrie. Kriminalität ist für mich aber auch, wenn man durch den Stadtpark marschiert und überfallen wird. Denn genau dabei verlieren die Menschen das Sicherheitsgefühl in einer vertrauten Umgebung und die Kriminalitätsfurcht wird zum Alltag. Nun stellt sich die Frage, was kann man dagegen unternehmen. Eine Möglichkeit wäre, härtere Strafen für Täter. Eine andere Möglichkeit wäre der vermehrte Einsatz von Exekutivbeamten an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten. Doch jeder einzelne Bürger sollte über Kriminalitätsprävention informiert sein. Daher bin ich der Meinung, man sollte nicht dort sparen, wo es um die Sicherheit von Menschen geht. Laut einer Umfrage steht Sicherheit bei den Menschen an erster Stelle. Ich bin stark davon überzeugt, dass die Sicherheit die Lebensqualität jedes Einzelnen steigert. (Allgemeiner Beifall. – 11.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Karoline Schlögl. Ich erteile Ihnen das Wort.

Karoline Schlögl (11.34 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Schülerlandtag!

Zuerst möchte ich sagen, dass Aufklärung an Schulen sehr wichtig ist, kann aber nicht allein ausreichen. Deswegen fordere ich mehr Präsenz und Kontrolle der Exekutive an bekannten Drogenumschlagplätzen, wie zum Beispiel Jakomini-, Gries-, Lend- und Hauptplatz. Weiters wäre ein Drogentest, wie er erst kürzlich bei der Führerscheinprüfung gefordert wurde, bei Schuluntersuchungen ab zehn Jahren sicher ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. (Allgemeiner Beifall. – 11.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Kerstin Schurl. Ich erteile Ihnen das Wort.

Kerstin Schurl (11.35 Uhr): Wenn man von Jugend und Gesellschaft spricht, fallen immer wieder die Stichwörter Drogen oder Aids. Da stellt sich für mich persönlich die Frage, wie können wir uns, die Jugend, die Zukunft von morgen, vor diesen Problemen schützen? Aufklärung ist immer ein großes Thema. Die Jugend muss aufgeklärt werden, aufgeklärt über Drogen und Aids. Doch ich glaube kaum, dass sich die meisten von Ihnen vorstellen können, wie manche dieser Aufklärungsvorträge wirklich ablaufen. Diese Vorträge werden meistens von irgendwelchen Personen gemacht, die überhaupt keinen Ahnung von dieser ganzen Materie haben, die einfach trocken ihren Text herunterreden und so überhaupt keine Wirkung auf die Schüler haben. Ich finde, dass es irrsinnig wichtig ist, dass die Jugend aufgeklärt wird. Das sollten aber Personen sein, die etwas mit diesen Themen zu tun haben, zum Beispiel Streetworker oder Sozialarbeiter, die mit Drogenabhängigen oder Aidskranken zu tun haben. Ich glaube, von solchen Personen einen Vortrag anzuhören ist viel interessanter und wird eine viel tiefere Wirkung bei jedem Einzelnen hinterlassen, als wenn irgendjemand davon spricht und keinerlei Enthusiasmus ausstrahlt. Außerdem, wenn man schon vom Thema Aufklärung spricht, finde ich, dass es eine wunderbare Sache ist, diese „peer education“. Peer education heißt, dass einzelne Schüler ausgebildet werden, um ihren Mitschülern einen Vortrag über genau solche Themen zu halten, über Drogen, über Aids. Wenn Schüler mit Schülern darüber sprechen ist es eine ganz andere Verständnisbasis als sonst. Deshalb bitte ich, dass, wenn diese Vorträge gefördert werden sollen, diese Aufklärung wirklich zielgerecht geschieht. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ad hoc zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Schützenhöfer. Ich erteile Ihnen das Wort.

Landesrat Schützenhöfer (11.37 Uhr): Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler!

Die letzten Wortmeldungen handeln vom Problem der Drogen. Ich bin in der Regierung von der Fachaufsicht her nicht zuständig, aber jeder ist zuständig. Selbstverständlich möchte ich als Jugend- und Pflichtschullandesrat in dieser Frage auch so gut es eben geht meinen Beitrag leisten. Ein erster Punkt: Geben wir doch zu, dass wir alle dieser Drogenproblematik teilweise durchaus ohnmächtig gegenüberstehen. Zweitens: Ich denke, es gibt in dieser Diskussion gerade bei uns in der Steiermark in den letzten Monaten zu viele Überschriftentäter, die dann am Ende auch noch aus der ganzen Problematik eine Ausländerdebatte machen. Ich plädiere sehr dafür, im Wissen um dieses große gesellschaftliche Problem, das uns alle betrifft, weniger zu reden, aber einiges zu tun. Die Kollegin vorher hat von der Aktion „peer education“ gesprochen: Schüler beraten Schüler. Genau das möchte ich jetzt tun und zusammen mit dem anwesenden Kinder- und Jugendanwalt eine solche Aktion in den Schulen starten um zu erreichen, dass Gleichaltrige mit Gleichaltrigen ein Problem besprechen. Wir wissen, dass jemand, der vielleicht in ein solches Problem rutscht, eher nicht mit Eltern oder Lehrern darüber redet. Deshalb auch die Aktion, die wir gemeinsam mit McDonald's ab morgen veranstalten, „McClean“, wo junge Menschen die Möglichkeit haben, Donnerstag für Donnerstag das ganze übrige Schuljahr hin von 14 bis 17 Uhr sich beraten lassen zu können, wo aber auch Lehrer und Eltern die Möglichkeit haben zu kommen. Ich erlebe es immer wieder, wenn ich Schulen besuche, dass man sagt, bei uns gibt es das Problem nicht, weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf. Immer wieder sehen wir dann auch, dass es dieses Problem gibt. Daher meine ich, mit einem Schlagwort oder mit nur der Verschärfung der Exekutive, so notwendig das ist, können wir das Problem nicht lösen. Wir sollten uns eingestehen, dass es ein großes gemeinsames Problem ist und jeder, der Verantwortung trägt, kann in seinem Bereich einiges dafür tun, dass wir dieses Problem in den Griff bekommen. (Allgemeiner Beifall. – 11.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Michael Klug. Ich erteile es Ihnen.

Michael Klug (11.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Abgeordnete des Schülerlandtages, liebe Jungvertreter!

Ich darf kurz ein paar Worte bezüglich der Drogenproblematik in Graz verlieren. Die Drogenkriminalität in den letzten zwei Jahren ist in Graz um sage und schreibe 125 Prozent gestiegen. Jährlich gibt es 18.000 Anzeigen. Das durchschnittliche Einstiegsalter liegt für Heroin bei 15, für Cannabis sogar bei 13 Jahren. Trotz dieser erschreckenden Zahlen gibt es noch immer einige Gruppen, vor allem linksgerichtete Organisationen, die sich noch immer für eine Legalisierung der „weichen Drogen“ aussprechen. Dass genau diese „weichen Drogen“ allerdings die Einstiegsdroge für zukünftige Dealer darstellen, wollen diese Leute nicht hören. Weiters würde durch eine Legalisierung von Drogen natürlich auch der Drogenkonsum steigen, was bei Gott nicht positiv zu bewerten ist. Durch eine Legalisierung von Drogen würde man – kurz gesagt – ein zweites Problem schaffen, ohne das erste zu lösen. Daher ein klares Nein zur Legalisierung von Drogen. Drogen sind schlecht, Drogen waren schlecht und Drogen werden immer schlecht bleiben. Daran kann und darf nichts beschönigt werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 11.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Christoph Urch. Ich erteile Ihnen das Wort.

Christoph Urch (11.42 Uhr): Jugendkriminalität – ein Wort, das man in letzter Zeit immer wieder hört, besonders hier in Graz ist es eigentlich in aller Munde. Die Jugendkriminalität steigt enorm, es gibt immer mehr Kriminelle und das Problem ist, dass das Alter der kriminellen Jugendlichen immer weiter sinkt. Es gibt fast wöchentlich hier in Graz Schlägereien, in die teilweise 13- bis 14-Jährige involviert sind. Fraglich ist, warum? Aus welchen Gründen? Einige Gründe sind ja bis jetzt schon genannt worden, wobei ich glaube, dass ein Hauptgrund sicherlich eine alternative Freizeitgestaltung ist. Es gibt kaum Möglichkeiten für Jugendliche, ihre aufgestauten Energien loszuwerden. Es gibt nicht viele Möglichkeiten, wo Jugendliche wirklich Sport betreiben können beziehungsweise einfach irgendwie ihre Begabungen gefördert werden. Und ich glaube – ich möchte das jetzt an einem Beispiel darbringen –, das Beispiel Groß Sankt Florian, eine kleine Gemeinde mit 2500 Einwohnern in der Nähe von Deutschlandsberg hat einen Fußballverein, einen Tennisverein, einen Chor, eine Theatergruppe, die Landjugend und die Feuerwehr, die sich alle dafür einsetzen, dass die Jugend gefördert wird. Ein anderes Beispiel: Waltendorf, ein Bezirk von Graz mit 11.320 Einwohnern, sollte demnach laut Hochrechnung fünf Fußballvereine, fünf Tennisvereine, fünf Chöre, fünf Theatergruppen haben, um jedem Einwohner die gleichen Möglichkeiten zu bieten. In der Realität schaut es allerdings so aus, dass es in Waltendorf keinen einzigen Sportverein gibt, keinen Chor, keine Theatergruppen und keinen Sportplatz, der in irgendeiner Weise öffentlich zugänglich wäre. Es gibt Sportplätze, allerdings von irgendwelchen Siedlungen, wo sich die Anrainer darüber aufregen, wenn man als einer, der nicht in der Siedlung wohnt, dorthin kommt. Dieses Beispiel Waltendorf ist allerdings nur ein Beispiel für die Situation, wie es generell aussieht. Aus diesem Grund bitte ich Sie, im Sinne aller Steirerinnen und Steirer unsere Landeshauptstadt durch ein umfangreiches Jugendangebot und Freizeitangebot gewaltfreier zu machen, damit wir Jugendlichen unsere Energien loswerden können und sie nicht an anderen Jugendlichen auslassen müssen beziehungsweise an irgendwelchen Parkbänken oder Sonstigem.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass die Landeshauptstadt in diesem Fall vielleicht nur der Vorgänger ist für das, was in den umliegenden Gemeinden passieren wird. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Michael Wildling. Ich erteile es Ihnen.

Michael Wildling (11.45 Uhr): Sehr geehrte Abgeordnete, Hohes Haus!

Wir sind eine Steiermark, das heißt auf der einen Seite der städtische Bereich zum Beispiel mit der Hauptstadt Graz, auf der anderen Seite aber auch der ländliche Bereich. Und gerade hier gibt es jetzt Aufholbedarf. Dazu jetzt zwei Gedanken von mir. Zum Ersten, ein Durchschnittspolitiker bei uns geht davon aus, dass ein junger Mensch mit 18 Jahren, das heißt mit der Matura, vielleicht schon früher, den ländlichen Bereich in Richtung Stadt verlässt. Er ist kein potenzieller Wähler, deshalb muss er sich auch nicht für ihn einsetzen. Aber gerade jetzt ist es Zeit, die Jugend in die Politik einzubinden. Gerade jetzt, wenn man bedenkt, dass im Jahre 2005 16-Jährige den Gemeinderat wählen werden. Wenn man sich das vor Augen führt: Das sind die heute Zwölfjährigen! Ich kenne genug Jugendliche, die wirklich dazu bereit wären, sich für ihre Gemeinde einzusetzen und aufzuopfern. Jugend will und gehört gerade jetzt ernst genommen.

Mein zweiter Punkt sind die wohl unübersehbaren infrastrukturellen Mängel am Land. Wir zum Beispiel in der Obersteiermark, speziell jetzt bei mir in Murau, wir haben keine Straßenbahn, die uns auf schnellstem Wege von einem Ende des Bezirkes an das andere bringt. Hier fehlen mir auch ein paar Offensiven des Landes, denn ich habe keine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel gesehen, noch ist unser Bezirk irgendwie besser an das weitere Straßennetz der Steiermark angebunden worden. Hiezu vielleicht auch ein konkretes Beispiel: Wie einigen hier sicher bekannt ist, wird im Jahre 2003 die Snowboardweltmeisterschaft am Kreischberg im Bezirk Murau ausgetragen werden. Und es gäbe nichts Blamableres, wirklich nichts Blamableres, als wenn dann Baustellen das Straßenbild beherrschen würden, nur weil man dann irgendwie den Eifer hätte etwas zu tun. Die Zeit für die Vorbereitung ist jetzt schon da. Ich glaube, im Endeffekt sind wir als Steirer stolz auf unseren ländlichen Bereich und auch stolz darauf, dass wir ein eher ländliches Bundesland sind. Aber gerade jetzt ist es an der Zeit etwas zu tun am Land, einmal in Sachen der Infrastruktur und auf der anderen Seite auch in Sachen der Jugendpolitik. (Allgemeiner Beifall. – 11.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Barbara Webschek. Ich erteile Ihnen das Wort.

Barbara Webschek (11.49 Uhr): Von einer erfolgreichen Psychiaterin habe ich erfahren, dass jede zweite Frau, die ihre Praxis besucht, sexuell missbraucht worden ist. Überrascht hat mich die Tatsache, dass das meistens innerhalb der eigenen Familie geschieht, also meistens von Großvater, Vater, Bruder oder Onkel. Meistens übt der Täter danach auf verschiedene Weise, wie zum Beispiel mit körperlicher Gewalt oder dem Auseinanderbrechen der Familie, Druck aus. Das nennt man auch das Gebot der Geheimhaltung. Deshalb ist wahrscheinlich die Dunkelziffer von 7 Prozent bei Frauen und 3 Prozent bei Männern weitaus höher. Kurzfristige Folgen sind Auffälligkeiten im Sozialverhalten, langfristig gesehen Depressionen, Ängste, Essstörungen, Beziehungsstörungen und Drogenkonsum. Das derzeitige Problem ist, dass Tätern, weil sie noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, als Strafe nur knapp sechs Monate bis zehn Jahre Haft oder auch nur eine geringe Geldstrafe bevorstehen. Aber wer denkt an die Opfer? Sie müssen sich ihrem Schicksal stellen und mit dem leben. Die Täter kommen mit geringen Strafen davon. Das macht es für die Opfer noch schwerer damit fertig zu werden. Auch auf Unschuld plädiert, wie zum Beispiel, er wäre verführt worden oder das Opfer hätte es so gewollt, bringt Strafmilderung mit sich. Ich jedenfalls kann nur für die Verschärfung der Strafen eintreten, denn das Schlimmste daran ist, dass sogar für Sachbeschädigung eine höhere Strafandrohung gilt. Es gibt zwar keine Entschuldigung für diese Taten, doch sollte dem Täter vor Augen gehalten werden, was er dem Opfer angetan hat und deshalb finde ich, dass die Therapiepflicht eingeführt werden soll. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Ich erteile es dir.

Landesrat Dr. Flecker (11.51 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren des Schülerlandtages!

Darf ich die Gelegenheit nützen und mich jetzt zu Wort melden, weil ich um zwölf Uhr bei einem unaufschiebbaren Termin sein muss und zu allererst Ihnen zu dem, was Sie gesagt haben und vor allem auch, wie Sie es gesagt haben, sehr herzlich gratulieren.

Ein paar Anmerkungen aus meinem Zuständigkeitsbereich und vorher vielleicht zwei Generelle außerhalb dieses Bereiches. Ich glaube, dass Österreich in den siebziger Jahren zu Recht die hohe Kultur entwickelt hat zu sagen, dass dieser Staat den Menschen den Zugang zur Bildung ohne finanzielle Hürden bietet. Es ist traurig und schade, dass diese Kultur der Selbstverständlichkeit und des Selbstverständnisses eines Staatsganzen im Verhältnis zur Bildung von Menschen nicht mehr besteht.

Ein Zweites: Ein Redner hat angesprochen das Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr. Ich unterstütze das sehr wohl, meine aber, dass es bedauerlich ist, dass man dieses Wahlrecht nur auf der Gemeindeebene einführen will, sozusagen lerne wählen auf der Gemeinde, damit du es dann woanders auch kannst. Ich glaube, dass das nicht von einer sehr hohen demokratischen Kultur ist und ich glaube, dass das Vertrauen in die Jugend ein größeres sein sollte.

Zu einigen Aspekten aus meinem Zuständigkeitsbereich generell: Meine Damen und Herren, und ich bin da sehr nahe beim Kollegen Schützenhöfer, der Ruf nach höheren Strafen und der Ruf nach einer Exekutive, die sich in Permanenz um jeden kümmert, ist ein Basteln an den Auswirkungen und bringt meistens auch nicht viel. Es muss Aufgabe einer Gesellschaft sein, sich mit den Wurzeln negativer Auswirkungen zu beschäftigen. Es kann nicht so sein zu sagen, mit höheren Strafen, mit Prangermentalitäten, mit viel Überwachung werden wir das Problem lösen. Gerade das Gegenteil ist der Fall, wir werden das Problem eskalieren. Wir werden Kriminalität dadurch fördern. Ich meine, dass wir zu hinterfragen haben, wo liegen die Ursachen für Kriminalität, nicht nur Drogenkriminalität und was kann diese Gesellschaft zur Abwehr der Auswirkungen tun? Und der Hinweis auf eine Legalisierung sanfter Drogen ist ein guter Beitrag gewesen, darüber überhaupt zu diskutieren. Tatsache ist jedenfalls, dass wir die ärgste Suchtdroge, nämlich den Alkohol, durchaus legalisiert haben und dass auch Nikotin eine legalisierte Droge ist. Jetzt bin ich kein Anhänger der unbedingten Legalisierung weicher Drogen, aber ich glaube, man muss sehr wohl unterscheiden, welchen Weg man in der einen Sache geht und welchen Weg man in der anderen Sache so strikte ablehnt. Man muss die Sache in der Gesamtheit sehen, was führt zu einem Suchtverhalten und wie kann ich dieses Suchtverhalten generell bekämpfen, wie kann ich dazu kommen, dass dieses Suchtverhalten zurückgeht? Wenn wir uns gegenseitig ausrichten, die einen wollen Drogen legalisieren und die anderen wollen jeden Drogendealer aufhängen, werden wir das Problem nicht lösen, sondern wir müssen an die Wurzeln gehen und die Hintergründe hinterfragen. Und dazu gehört auch eine intensive Arbeit und Betreuung in der Jugendwohlfahrt. Die Jugendwohlfahrt ist das Instrument, um Menschen, die schon sehr früh als gefährdet erkannt werden, entsprechend einzubinden mit den richtigen Instrumenten oder aber durch zum Beispiel Streetwork unverdächtig in Kreise hineinzukommen und dort verstehend und nicht nur belehrend zu beraten und zu überzeugen. Die Überzeugung ist es, nicht nur der böse Zeigefinger. Der wird vielleicht dann zu einem anderen Finger, den man dann zurücksehen kann.

Es steht im Bericht zur Integration etwas, was ich äußerst unterstreichen möchte. Zuerst einmal, dass der außergerichtliche Tausch gezwungen werden soll. Das ist ganz, ganz wichtig und es ist voll zu unterstreichen. Und Sie weisen auch darauf hin, dass man zur Integration der Behinderten behindertengerechte Zugänge zu Schulen und öffentlichen Einrichtungen und überhaupt schaffen soll. Auch das ist voll zu unterstreichen. Aber ich glaube halt, dass Integration mehr ist und dass wir es bei Behinderten ja nicht nur mit körperlich Behinderten zu tun haben, sondern die eigentliche Vielfalt der Arbeit bezieht sich auf die mehrfach Behinderten. Das sind Menschen, die sowohl körperlich als auch geistig behindert sind. Und ich glaube, da muss es Aufgabe der Gesellschaft sein, diese Menschen durch Förderung ihrer Chancen so weit zu integrieren, als sie Integrationsfähigkeit aufbringen können durch entsprechende Förderung. Es muss das ein Rechtsanspruch derjenigen sein, die schwächer sind in dieser Gesellschaft. Integration muss ein Prinzip – aus meiner Sicht – dieser Gesellschaft sein, Integration dem Schwachen anzubieten müsste selbstverständlich sein den Behinderten, Jugendlichen, die gestrandet sind oder die gefährdet sind, sozial Schwachen und auch Ausländern, die kein optimales Umfeld in diesem Land finden. Ich glaube, dass wir in der Politik uns den humanen Aufgaben zuzuwenden haben, weil die Staatsgewalt durch Strafe, durch Polizei, Überwachung, das Geschäft kann der Staat schon lange, das führt zu keiner Änderung. Zur Änderung führt die Beschäftigung mit den Menschen. (Allgemeiner Beifall. – 12.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Eva-Maria Gebhart. Ich erteile ihr das Wort.

Eva-Maria Gebhart (12.00 Uhr): Warum wollen Jugendliche zusätzlich Geld verdienen? Warum wollen sie Erfahrungen sammeln? Um Verantwortung übernehmen zu können, um den Eltern nicht immer auf der Tasche zu liegen und um zu sparen. Warum können viele Jugendliche zusätzlich kein Geld verdienen? Wir haben einfach nicht die idealen Rahmenbedingungen dafür. Wie viel Prozent der Jugendlichen bekommen wirklich einen Ferial- oder Wochenendjob? Ich habe in meiner Klasse eine Umfrage gemacht und nur 40 Prozent meiner Mitschüler haben einen Job bekommen. Aber es ist ja nicht so, dass die Jugend faul ist. Wir wollen ja arbeiten, nur, wie viele Firmen haben wirklich genug Anreiz, Jobs an Jugendliche zu vergeben, wenn ihnen eine Arbeitskraft ausfällt? Es ist ja nur von Vorteil, wenn Jugendliche bereits mit 14, 15 Jahren mit Arbeit konfrontiert werden. Sie lernen mit der Arbeit umzugehen und werden auf ihr Berufsleben vorbereitet. Es gehören gesellschaftliche und politische Bedingungen geschaffen, die ermöglichen, dass Jugendliche mehr Ferial- beziehungsweise Wochenendjobs bekommen. Zum Beispiel Bartime-Jobs. Die Eigeninitiative der Jugend gehört gefördert und nicht behindert. Wir müssen ein gesellschaftliches Umfeld schaffen. Gesetze sollen Eigeninitiative nicht verhindern. Schaffen wir für Betriebe einen neuen Begriff von Beschäftigung. Sie sollen Jugendlichen Jobs anbieten und haben so gesehen billige Arbeitskräfte oder in die Zeitungen einfach mehr Stellenangebote extra nur für Ferialjobs geben. Ich bin mir sicher, dass Jugendliche dann viel mehr Jobs bekommen. Wir sind Ihre Zukunft. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.02 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Schülerin Cornelia Schrank. Ich erteile es ihr.

Cornelia Schrank (12.02 Uhr): Ich freue mich, dass ich heute hier vor Ihnen sprechen darf. Ich besuche derzeit die Hauswirtschaftsschule Schloss Sankt Martin. Dort konnte ich im Rahmen des Unterrichtes einen kleinen Einblick in das Arbeitsleben behinderter Menschen bekommen. Diese Erfahrung hat mich veranlasst, hier über die Integration behinderter Jugendlicher in die Berufswelt sowie auch in unsere Gesellschaft zu sprechen. Denn beim Jugendlandtag soll es

schließlich nicht nur um die Jugendlichen gehen, die sich zu Wort melden und ihre Meinung und Wünsche äußern, sondern auch um die, die im Leben benachteiligt sind. Behinderte finden sich oft in der Berufswelt nicht zurecht und oft liegt das Problem auch beim Kündigungsschutz, da viele Arbeitgeber davor zurückschrecken sie einzustellen. Oft tritt er auch bei Fällen ein, wo man ihn überhaupt nicht benötigt, zum Beispiel bei Zuckerkrankheit. So passiert es dann, dass viele beeinträchtigte Menschen keine Arbeitsstelle erhalten, auch kein Selbstvertrauen entwickeln und nie ein selbstständiges Leben führen können.

Es gibt zwar viele Organisationen, wo nur Behinderte beschäftigt werden, obwohl ja gerade der Umgang mit gesunden Menschen ihr Wohlbefinden fördern würde. Unsere Gesellschaft ist zu wenig über diese Gruppe von Menschen informiert. Oder haben Sie gewusst, dass Jolly-Wasserfarben von geistig und körperbehinderten Menschen einsortiert werden? Dadurch, dass es zu wenig Information gibt, entstehen Vorurteile, die sich leicht vermeiden ließen. Es sollte meiner Meinung nach mehr Wohn-, Arbeits- und Beratungsstellen für Behinderte geben. Doch das widerspricht ja leider der finanziellen Situation unseres Landes. Aber wir sollten uns in naher Zukunft auch mit solchen Themen befassen, da es seit 60 Jahren im Moment wieder die erste Generation behinderter Menschen gibt, die ein hohes Lebensalter erreichen können. Auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Eine andere Sache ist, dass man bei vielen Bewerbungsschreiben den gesamten Gesundheitszustand schildern muss, was ja eigentlich nur bei Krankheiten, die den Beruf beeinträchtigen, der Fall sein müsste. Ein kurzes Beispiel: Eine Mutter sagt jedem Betrieb, bei dem sich ihr Sohn beworben hat, dass es zu epileptischen Anfällen kommen könnte. Er wurde von allen Betrieben abgelehnt. Da stellt sich dann natürlich die Frage, wo bleibt die Sensibilität unserer Gesellschaft? Denn wenn wir für ein menschenwürdiges Zusammenleben sind, dann müssen wir auch diese Gruppe von Menschen, die es im Leben sowieso nicht leicht hat, unterstützen. Vielen Dank! (Allgemeiner Beifall. – 12.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Heimo Hirschmann. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Heimo Hirschmann (12.05 Uhr): Hoher Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Fakt ist, dass es in der gesamten Steiermark zigtausend Jugendliche gibt, die an einer geistigen oder körperlichen Behinderungen leiden. Für diese stehen von 113 höheren Schulen in der gesamten Steiermark gerade einmal 20 zur Verfügung, die vollständig behindertengerecht ausgestattet sind, sprich die Rampen, Lifte, WCs und Integrationsklassen besitzen. Laut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN hat jeder Mensch das Recht auf Bildung und das Recht auf Zugang zu einem fachlichen und beruflichen Unterricht. Außerdem besagt die Erklärung, dass höhere Schulen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen sollten. Genau dieser Widerspruch sollte uns zu denken geben.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den steirischen Berufsschulen, die durch Integrationsklassen versuchen, jener betroffenen Gruppe einen angemessenen Ausbildungsweg zu ermöglichen. Dies geschieht durch so genannte Stützlehrer. Würde dieses Projekt auch an mehreren höheren Schulen in der Steiermark durchgeführt werden, könnte dies möglicherweise auch zu einer Abnahme der Junglehrerarbeitslosigkeit führen. Es wäre auch an der Zeit, sich ernsthafte Gedanken über die Wiedereingliederung von Jugendlichen mit einer kriminellen Vergangenheit zu machen. Bei dem Versuch, ihren Weg zurück in die Arbeitswelt zu finden, werden ihnen jedoch des Öfteren Steine in den Weg gelegt, wie zum Beispiel das Angebot an zu teuren Ausbildungs- und Fortbildungskursen.

Abschließend bleibe noch zu sagen, dass es verdammt traurig ist feststellen zu müssen, dass in einer Welt wie heute, die von High-tech-Entwicklungen geprägt ist, es nicht möglich ist, benachteiligten Menschen, die zu unserer Familie, zu unseren Freunden oder zu unseren Nachbarn gehören könnten, eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen.

Unsere Aufgabe in Zukunft ist es, jene Probleme zu lösen, um eine Integration vollständig zu ermöglichen. (Allgemeiner Beifall. – 12.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Ich darf es dir erteilen.

Landesrat Dörflinger (12.07 Uhr): Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Ich möchte zu einem Punkt, der glaube ich bei sehr vielen Rednern auch eine Rolle gespielt hat, ein paar konkrete Anmerkungen machen, das ist die Frage der Drogenpolitik. Ich glaube, dass wir uns – egal von welcher Seite wir kommen, egal welchen Zugang wir haben – einig sind, dass sehr viel dagegen unternommen werden muss, dass es nicht zu wenig sein kann. Aber ich möchte nur vor einem warnen und da würde ich Sie auch bitten, weil Sie in Ihren Schulen bei den Mitschülern, bei Ihren Freunden auch eine Vorbildwirkung haben, singen Sie nicht das Lied jener, die so mit den Einfachrezepten kommen. Egal, in welche Richtung dieses Einfachrezept geht. Zu glauben, viel mehr Polizisten, härtere Strafen und Hollareiduljo gib ihm, wird das Drogenproblem lösen, ist falsch. Genauso wie es falsch ist zu sagen, legalisieren wir es, verniedlichen wir es, es wird sich schon irgendwie von selber richten. Es gibt ja Beispiele dafür, dass die härtesten Strafen, die brutalsten Verfolgungen in Wirklichkeit den Effekt nicht erzielt haben, den man sich zum Teil erwartet hat. Ich meine und da werden wir wahrscheinlich auch einer Meinung sein, es muss ein Maßnahmenbündel sein, es müssen viele Maßnahmen sein. Und da bitte ich Sie, ein paar Punkte auch zu berücksichtigen.

An der Schultüre meines Sohnes, als er in die Volksschule gegangen ist, ist ein Schild gestanden, das für mich immer sehr wichtig war, da ist oben gestanden: „Es ist völlig sinnlos, unsere Kinder zu erziehen, sie machen uns ohnedies alles nach.“ Was meine ich damit? Der stockbesoffene Vater, der dem Buben sagt, tu ja nicht haschen, das ist etwas Furchtbares, wird kein gutes Vorbild sein. Wir sollten uns das auch überlegen, was die Verniedlichung betrifft. Der zweite Punkt und der hat mich in den letzten Monaten, als wir versucht haben, eine Drogentherapiestation zu errichten, besonders gemagerlt und hat mich besonders aufgeregt, diese Form der Kirchturmpolitik. Man geht her, ja, ja, wir wissen schon, Drogen sind furchtbar und es ist eine Katastrophe, Drogentherapiestation ist auch in Ordnung, aber bitte nicht bei uns, sondern irgendwo daneben. Faktum ist, dass Drogensüchtige kranke Menschen, schwer kranke Menschen sind, denen man versuchen muss zu helfen. Und ich sage das da hier, weil über die Politik auch sehr viel Negatives gesagt wird, es war für mich faszinierend, in Kainbach bei Graz, ob Rot, ob Schwarz, ob Blau, Gemeindeväter, Bürgermeister, Gemeindegassier, Vizebürgermeister vereint zu sehen und sich hinzustellen und zu sagen, jawohl, wir treten für diese Drogentherapiestation ein, wir ziehen das durch, auch wenn 100 oder 200 Bürger dagegen sind. Das war für mich, unabhängig von der Farbe und unabhängig von der Zugehörigkeit, ein unheimlich positiver Anstoß zu sehen, dass man schon etwas weiterbringt, wenn man das in Wirklichkeit auch will und wenn man es durchzieht.

Der letzte Punkt, denen ich Ihnen noch sagen will, machen Sie sich auch nicht zu viele Hoffnungen, weil ein Kollege das auch gemeint hat, viel mehr Plakate, viel mehr Inserate. Ich glaube, dass es eine Maßnahme ist, aber in Wirklichkeit wird das schönste Plakat niemand daran hindern Drogen zu nehmen, wenn er aus welchen Gründen auch immer bereit dazu ist Drogen zu nehmen und das dann auch tut.

Ich glaube, schauen wir, dass wir ein Maßnahmenbündel zusammenbringen und ich bitte Sie vor allem um eines und das habe ich vor einer Woche in diesem Landtag auch gesagt, jetzt ist eine große mediale Diskussion, in der Öffentlichkeit spielt es eine irre Rolle und jeden Tag gibt es eine positive, eine negative, eine Horrormeldung. Wenn man die Medien ein bisschen genauer kennt, muss man davon ausgehen, dass das Thema in zwei, drei Wochen, vier Wochen abflauen wird, weil es ganz einfach langweilig wird, nicht schon wieder Drogen, jetzt kommt etwas anderes. Beispiele dafür gibt es genug. Lady Di war acht Wochen in allen Zeitungen drinnen, nach acht Wochen ist es unspannend geworden, sie war weg. Vor ein paar Monaten haben wir BSE gehabt und wenn irgendwo in Neuseeland ein Rind umgefallen ist, hat es eine große Schlagzeile gegeben. Vor wenigen Tagen war in der „Kleinen Zeitung“ ein Einspalter drinnen, dass irgendwo in Italien oder in Slowenien ein BSE-Fall aufgetaucht ist. Das ist so zur Tagesordnung übergegangen.

Ich mache mir nicht um die öffentliche Diskussion Sorgen, ich finde sie positiv und gut, weil wir dann etwas weiterbringen. Ich mache mir eher Sorgen, wenn die öffentliche Diskussion abflachen wird und wenn man zur Tagesordnung übergehen und über andere Themen reden wird. (Allgemeiner Beifall. – 12.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Daniel Geiger. Ich darf es Ihnen erteilen.

Daniel Geiger (12.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Frauen wollen Gleichberechtigung und das in allen Lebensbereichen und das ist auch gut so. Da geht es um viele emanzipierte Frauen, da sich aus neuen Rechten auch neue Pflichten ergeben. Deshalb fordere ich das verpflichtende Sozialjahr für Frauen und das aus folgenden Gründen:

Erstens: nach der Berufs- oder Schulausbildung müssen Burschen den Präsenzdienst ableisten. Sie verlieren dadurch ein Jahr, falls sie zum Beispiel an einer Universität inskribieren wollen. Diesen Nachteil haben Frauen nicht. Zweitens, Österreich braucht Jahr für Jahr zigtausende Sozialarbeiter, zum Beispiel in Krankenhäusern oder Altersheimen. Durch das soziale Jahr für Frauen könnte dieser Bedarf mehr als gedeckt werden. Drittens, keinem jungen Menschen kann es schaden, Erfahrung im Umgang mit hilfsbedürftigen Menschen zu sammeln. Jedem kann es nur nutzen, zum Beispiel einen Obdachlosen das Essen auszugeben oder mit einem alten Menschen zu reden oder eben sein Frühstück zu servieren.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich das Sozialjahr für Frauen als eine gute Idee ansehe. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieser Dienst am Menschen nicht als eine Schikane für Frauen angesehen werden soll, sondern vielmehr eine Chance, menschlicher und lebensnaher zu werden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Michel Mera. Ich darf es Ihnen erteilen.

Michel Mera (12.15 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir haben gerade einen ganz kurzen Vortrag über Drogen gehabt und auch eine Laudatio über die goldenen sechziger und siebziger Jahre. Das Problem dabei ist nur, die Drogen- und anderen Probleme, sozial und wirtschaftlich gesehen, haben zum damaligen Zeitpunkt begonnen. Im Artikel 33 der UN-Charta steht, dass Jugendliche und vor allem Kinder vor Drogen jeglicher Art geschützt werden müssen, egal um Alkohol, Nikotin et cetera. Auch Österreich hat diese Charta unterschrieben gemeinsam 109 anderen Staaten. Das Problem ist nur, wenn wir jetzt Drogen legalisieren, wenn das etwas herabsetzen und nicht mehr so streng kontrollieren, wie es manche Leute fordern, verstoßen

wir gegen diese Charta. Das ist ein Problem, das sollten wir nicht tun, weil sonst sind wir bald nicht besser als Holland, das das größte Drogenproblem in Europa hat oder als andere Staaten. Das darf nicht passieren. Die siebziger Jahre waren schön, das glaube ich sicher, wenn man damals gelebt hat. Was hilft uns das aber? Wir leben jetzt im Jahre 2001! Das hilft uns nichts! Das war damals. Die Probleme, die wir heute haben, sind damals verursacht worden und das darf nicht noch einmal passieren, beim besten Willen nicht.

Liberalität ist gut, nur, wenn Liberalität zur Anarchie entartet, ist es schlecht. Und so kommt es mir langsam vor, wir wollen das legalisieren und andere Sachen auch und das soll nicht passieren. Ich bitte euch, dass ihr alle mit aufsteht und schreit, damit das nicht passiert! Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.17 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Carl-Philipp Schrey. Ich darf Ihnen dieses Wort erteilen.

Carl-Philipp Schrey (12.17 Uhr): Sehr geehrter Landtag!

Wie kommt es zum Drogenkonsum? Da ist in erster Linie einmal, dass die komplette Aufklärung fehlt. In der Schule traut man sich nicht darüber zu reden, die Eltern reden nicht, in den Vereinen gibt es auch nichts darüber. Und wie kommt es dazu? Dass man bei den Partys und in den Diskos in erster Linie einmal cool ist, weil das ist ja in bei den Kids. Das greift jetzt über in die Jugendstrafen. Was helfen höhere Strafen, wenn man sich nicht einmal über die Alkohol- und Drogenprobleme reden traut?

In den Diskos ist es momentan auch so – es gibt ein gutes Beispiel, das ich kenne –, jetzt sind 12- bis 15-Jährige bis zwei oder drei Uhr in der Früh in der Disko, wo sie schon lange nichts mehr dort verloren haben. Warum werden keine Ausweise kontrolliert und warum werden sie nicht hinausgeschmissen? Ja, weil es die besten Kunden sind, weil die Älteren gar nicht mehr dorthin gehen, weil es ja eigentlich eine Kindergartendisko ist. Das wäre eigentlich alles. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.18 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Mario Aigelsreiter. Ich erteile ihm das Wort.

Mario Aigelsreiter (12.19 Uhr): Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich freue mich, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf. Ich möchte auf ein schon vorher gesagtes Problem zurückgreifen. Wenn Jugendliche Alkohol konsumieren, ist es sicher nicht gut. Und es haben viele außer ich vor ein paar Wochen einen Bericht gesehen, wo sich ein paar Geschäftsketten damit rühmen: „Bei uns bekommen Jugendliche unter 16 Jahren keinen Alkohol.“ Darüber ist eine Untersuchung durchgeführt worden. Das Ergebnis war, zu 40 Prozent haben sich die Geschäfte daran gehalten, zu 60 Prozent haben Jugendliche den Alkohol bekommen, ob sie jetzt zehn, 14 oder zwölf Jahre alt waren, es war egal. Sie haben bezahlt und das ist wahrscheinlich für manche Geschäfte das Wichtigere als der Jugendschutz. Aber hat das wirklich einen Sinn, wenn sich Geschäfte damit rühmen? Ich glaube nicht und es ist sicher, dass ich nicht der Einzige bin, der dieser Meinung ist. Wenn jetzt aber diese Geschäfte sich als besser hervorheben als sie sind, hat das, glaube ich, keinen Sinn! Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Valentina Sbaschnik.

Valentina Sbaschnik (12.20 Uhr): Wenn man sagt, Drogen sind schlecht, Drogen gehören verboten, dann frage ich mich, warum Alkohol und Tabak noch nicht egalisiert wurden. Die Wirkung von Hasch und Alkohol ist fast gleich. Jeden Tag passieren Unfälle mit Schwerstverletzten und Toten, die durch alkoholisierte Lenker verursacht wurden. Doch ich habe noch nie von einem Unfall gehört, der von einem eingerauchten Lenker verursacht wurde.

Das Bedürfnis, die Dosis zu erhöhen, ist bei Alkohol um 40 Prozent höher als bei Haschisch. Ich frage euch also, warum wird Hasch noch immer als Droge angesehen und Alkohol und Tabak nicht? Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Margret Hausegger.

Margret Hausegger (12.21 Uhr): Ich weiß, es geht Ihnen vermutlich schon auf die Nerven, die ganze Zeit über Drogen zu diskutieren und es tut mir jetzt schon Leid, wenn ich emotional werde, aber ich muss das jetzt sagen. Wir haben früher dauernd Plakate angesprochen und damit meinen wir aber bitte keine Plakate, auf denen irgendwelche Phantasiewesen drauf sind und in roten Lettern draufsteht: „Drogendealer sind Mörder!“ Ich sehe das als Mensch wirklich nicht ein, warum an einigen Grazer Schulen Hetzkampagnen gegen Ausländer stattfinden. Man liest Drogendealer sind Mörder, dann liest man in der Zeitung „Schwarze sind Drogendealer“, das heißt ja indirekt Schwarze sind Mörder. Ganz im Ernst, wo kommen wir denn da hin? (Allgemeiner Beifall.) Ich als Landesschulsprecherin und vor allem als Schulsprecherin des Akademischen halte es für inakzeptabel, wenn ich in der Früh in die Schule komme und vor der Schule, direkt vor dem Eingang stehen Leute und drücken bitte Zehnjährigen Folder in die Hand, auf denen steht, „Drogendealer sind Mörder. Ihr Kinder geht und zeigt Drogendealer an!“ Also wenn das ein Weg zur Suchtprävention ist, dann tut mir unsere Gesellschaft leid. Es geht nur durch gezielte Projekte und sonst durch gar nichts! (Allgemeiner Beifall. – 12.22 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Schüler Marc Knes.

Marc Knes (12.23 Uhr): Es wurde so schön gesagt, dass ich an die Ursachen muss und an die Wurzeln, um Kriminalität, insbesondere Drogenkriminalität zu bekämpfen. Doch ich muss zuerst einmal die Kriminalität dämmen, dass ich die Wurzeln überhaupt sehe. Und das geht eben nur mit höheren Strafen und mit verstärktem Einsatz der Exekutive.

Ich will in den Raum stellen, dass man Drogenkonsum senken will. Doch geht das wirklich mit der Legalisierung dieser Drogen? Für mich ein Paradoxon. (Allgemeiner Beifall. – 12.24 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Michael Klug.

Michael Klug (12.24 Uhr): Ich darf kurz auf meine Vorredner zu sprechen kommen. Das ist keine Zahl, die ich erfunden habe, das ist eine Zahl, die laut einer unabhängigen Statistik ermittelt wurde. Ich kann nichts dafür. Es ist aber so, es ist ein Faktum, 90 Prozent der Drogendealer sind Schwarzafrikaner. Ich will niemandem unterstellen, dass alle Schwarzafrikaner es sind. Aber ich glaube, man darf diesen Aspekt nicht ganz vergessen und nicht unter den Tisch wischen.

Ich sehe es als Selbstverständlichkeit an, dass in der Schule bezüglich Drogen aufgeklärt wird. Ich sehe es als Selbstverständlichkeit an, dass Prävention geleistet wird. Ich darf hier kurz von meiner Schule berichten. Ich bin Schulsprecher der Bundeshandelsakademie Grazbachgasse. Und hier wird ein Projekt gestartet gemeinsam mit Betroffenen, mit einer ehemaligen Drogenabhängigen, mit einem Richter, der in diesem Milieu sehr gut bewandert ist, um hier wirklich die drastische Situation, die wir in Graz haben, darzustellen. Ich weiß nicht, warum hier manche nicht Stellung nehmen wollen, sind sie für oder gegen eine Legalisierung?

Wie gesagt, Aufklärung, Prävention ist eine Sache der Selbstverständlichkeit und ich glaube, das müssen wir in Zukunft gewährleisten. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.25 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Roman Nußgruber. Ich erteile ihm das Wort.

Roman Nußgruber (12.25 Uhr): Ich möchte noch ergänzend hinzufügen, dass man sich diese Folder einmal genau durchlesen soll. Da steht nirgends drinnen, dass alle Schwarzafrikaner Drogendealer sind und dass jetzt irgendetwas dagegen getan wird, dass alle Schwarzafrikaner überall Drogen verkaufen. Das ist nicht richtig. Es muss einfach die Möglichkeit für Schwarzafrikaner gegeben sein arbeiten zu können. Deswegen muss es eine Verbindung der Aufenthaltsgenehmigung mit einer Arbeitsbewilligung geben, die ja leider noch nie in Österreich durchgeführt wurde. Das hat es noch nie gegeben. Und das will unsere Bundesregierung jetzt durchführen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.26 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.26 Uhr): Ich möchte zu dem Thema Sucht auch etwas sagen und ich möchte da für Leute reden, die über die Art der Debatte, wie wir sie teilweise führen, sehr persönlich betroffen sind.

Ein Freund von mir kommt aus Nigeria, er hat zwei Kinder und war der Vorsitzende vom Grazer Ausländerbeirat. Sie können sich vorstellen, wie es ihm beruflich geht und wie es ihm privat geht, wenn er mit seinen Kindern in Graz unterwegs ist und wenn ihn Leute – unterschiedlichen Alters, bei weitem nicht nur Jugendliche – anstänkern, ob er nicht etwas verkaufen will und ihn auf eine Art und Weise belästigen, unter Druck setzen, dass er nicht mehr weiß, wie er mit seinen Kindern gut nach Hause kommt. Das ist auch ein Resultat dieser sehr rassistischen Suchtdebatte, die wir haben.

Der zweite Punkt: Ich kenne Leute, die drogenabhängig sind. Ich kenne Leute, die in Methadon-Programmen drinnen sind und der Umgang mit den Leuten ist alles andere als leicht. Es ist mir ein großes Anliegen, dass man alle Formen der Verhinderung, dass jemand Drogen nimmt – und ich habe einen sehr breiten Drogenbegriff –, dass man alle diese Formen vehement einsetzt und schaut, dass möglichst wenig Leute in diese Richtung abgleiten. Ich sehe aber auch, wie anstrengend es ist, mit diesen Leuten zu arbeiten. Und das, was mir wirklich weh tut, ist, wenn ich dann sehe, dass Leute, die Heroin nehmen, in der Steiermark bis jetzt keinen Entzug machen können, sondern die Leute müssen nach Vorarlberg fahren. Und das war es.

Und ein dritter Punkt, der mir einfach auch ganz wichtig ist: Bei dieser Suchtdebatte geht es ja nicht nur um die Leute, die abhängig sind – man kann auch von Glücksspiel abhängig sein. Ich kenne Leute, die dann die Studiengebühren für das Kind nicht mehr zusammenbringen und die Tochter weiß aber nichts davon, dass der Papa jeden Abend sehr, sehr viel Geld verspielt. Das ist auch eine Form von Sucht und ich finde das auch ganz, ganz schlimm und es trifft mich sehr.

Ich glaube einfach, dass man im Sinn eines guten Umgehens mit dem Thema Sucht dazu beitragen soll, dass man die Leute nicht stigmatisiert und nicht kriminalisiert.

Und ein letzter Punkt noch: Ich werde das in jeder Situation sagen, auch wenn viele von euch da nicht meiner Meinung sind, ja, ich kann mir die Legalisierung von bestimmten weichen Drogen vorstellen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass man bestimmte Formen von Cannabis in Kanada einsetzt zur Sterbebegleitung von Leuten, die

so viel Schmerzen haben, dass sie sonst verrückt werden. Und es ist schlimm, es ist ganz schlimm, dass man die Suchtdebatte in einem Stil führt, der immer wieder rassistisch ist, der immer wieder ausgrenzend ist und wo man echte Formen, zum Beispiel auch der „peer education“, wo Leute dann glaubwürdiger sind als so manche Lehrkräfte oder auch Politiker, Politikerinnen, dass man die damit eigentlich auch ein Stückel unmöglich macht. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 12.30 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung von der Schülerin Julia Winkler. Sie ist am Wort.

Julia Winkler (12.30 Uhr): Ich möchte ein paar Worte zu meinen Vorrednern sagen.

Aber zuerst eine kleine Anekdote zu den Plakaten, die schon so oft erwähnt wurden. Vor meiner Schule hingen, vor kurzer Zeit, auf der linken Seite das Plakat „Lieber gekifft ficken als besoffen fahren“, auf der rechten Seite „Drogendealer sind Mörder“. Ich frage mich persönlich, müssen wir immer in Extreme gehen? Ich meine, es muss doch einen Mittelweg geben zwischen diesen zwei sehr krassen Ansichten. Ich persönlich finde beide Plakate nicht sonderlich sinnvoll, möchte ich da anmerken.

Zum Zweiten: Die Verbindung von Drogendealern und Schwarzen. Gut, ich kenne diese Statistik nicht, vielleicht gibt es sie. Bitte, ich bin froh, wenn du sie mir dann zeigst. Aber genau das Problem, das schon angesprochen wurde, ist, durch diese Publikmachung, dass 90 Prozent der Drogendealer Schwarzafrikaner sind, werfen viele Menschen Schwarzafrikaner alle in einen Topf. Und das finde ich nicht gerecht. Weil wenn dann ein Mann mit zwei Kindern auf der Straße angepöbelt wird, weil er schwarz ist, dann sage ich, Entschuldigung, dann muss irgendetwas falsch laufen.

Ich bin sehr wohl für härtere Strafen für Drogendealer, aber wirklich für Dealer, die in größerem Rahmen dealen. Allerdings bei Menschen, die drogensüchtig sind, bin ich dafür, dass sie eher die Möglichkeit haben, einen Sozialdienst abzuleisten oder irgendwie in ein Projekt hineinkommen, dass sich das verändert und dass sie nicht mehr abhängig sind und nicht dass sie im Gefängnis oder in einer Jugendhaftanstalt eingesperrt werden, wo sich das nur verschlimmert.

Eines hat mich eigentlich die ganze Zeit gestört. Wir reden so viel von Drogen. Wir reden von Cannabis, wir reden von Heroin. Es haben sehr wenige Leute das Thema Alkohol angesprochen. Ich glaube, Alkohol ist in unserer Gesellschaft die Gesellschaftsdroge Nummer eins. Ich finde, es fängt schon dort an, wo die Eltern zu ihrem Kind sagen, der Papa sagt, bitte, geh mir ein Bier kaufen, oder die Mama sagt, gehst mir ein Packerl Zigaretten holen. Die Trafikanten verkaufen sie. Woher soll der Trafikant unterscheiden, ist es jetzt für ein Elternteil, ist es für das Kind selbst? Und da fängt es bitte an, dass es bei der Verantwortlichkeit der Eltern anfängt, dass sie nicht Kinder zum Einkaufen von solchen Dingen schicken und dadurch erleichtert man es auch den Händlern, dass sie wirklich konsequent sagen, sie verkaufen an Leute unter 16 nichts. Und das finde ich sehr sehr wichtig, dass das einmal verändert wird. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Udo Eiselt.

Udo Eiselt (12.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Freunde!

Ich selbst war, wie wir uns vor eineinhalb Wochen getroffen haben, Obmann dieses Ausschusses. Ich möchte ein bisschen erzählen, wie wir uns die Sache gedacht haben. Wir sind alle zusammengekommen und haben geredet. Das Thema Drogen war von vornherein zur Sprache gekommen. Es hat jedoch kein Einziger in diesem Ausschuss irgendwann auch nur Legalisierung von Drogen irgendwie in den Mund genommen. Es war für uns von vornherein klar, dass, wenn uns die Jugendlichen wirklich ein Anliegen sind, wir nur eine Sache fordern können, und zwar eine Verschärfung der Verfolgung von Drogendealern, eine Antiliberalisierung, kann man so schön sagen, des Drogengesetzes, Verschärfung von Strafen, die Prävention zu verstärken, aber auch natürlich die Aufklärung weit gehend zu verstärken. Es ist vollkommen egal, ob Drogendealer nun Ausländer oder Nichtausländer sind, für uns sind sie Drogendealer, egal welche Hautfarbe sie haben, egal woher sie kommen. Sie verkaufen Drogen an unsere Jugendlichen und da sind sie alle gleich. Sie wollen Geld dafür haben und sie wollen die Jugendlichen in die Abhängigkeit bringen. Zu meiner Kollegin muss ich ehrlich gesagt sagen, es hat auch schon genug Autofahrer gegeben, die bekifft beziehungsweise stark unter Drogen gesetzt waren und auch Unfälle verursacht haben. Es wird immer sehr gerne dargestellt, dass Alkohol – der natürlich auch eine Droge ist, das gebe ich voll und ganz zu, aber immer nur die Alkoholisierten hinzustellen und zu sagen, nein, unter Drogeneinfluss passiert überhaupt nichts, das ist auch ein bisschen fahrlässig.

Abschließend muss ich sagen, mit einer Liberalisierung schaffen wir sicherlich keine Erleichterung. Ganz im Gegenteil, die Kriminalität wird so nicht in den Griff zu bekommen sein! Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.34 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Christoph Urch. Ich erteile ihm das Wort.

Christoph Urch (11.34 Uhr): Ja, es ist jetzt schon einige Male das Wort „Suchtaufklärung“ gefallen. Ich möchte jetzt vielleicht kurz erzählen, wie das bei uns in der Schule läuft. Es gibt bereits – am BRG Wiku – eingesetzte Peers, allerdings erst ab der 6., 7. und 8. Klasse. In diesen Jahrgängen sitzen 16- bis 18-Jährige, teilweise 19-Jährige. Was ist bitte der Sinn, wenn man einen 19-Jährigen aufklärt, dass er keine Drogen nehmen soll? In diesem Alter ist man meistens schon drinnen, wenn man in irgendeiner Weise drogengefährdet ist. Es ist nicht wirklich zielführend, wenn man ab 16, 17 Jahren anfängt Leute aufzuklären, sondern man muss bei den Ursprüngen anfangen und die liegen teilweise

bei 10-, 11- und 12-Jährigen. Auch wenn es jetzt vielleicht schlecht klingt, aber die Ursprünge liegen bei den Kindern, die noch in der Volksschule sitzen. Man kann schon teilweise an Volksschülern erkennen, dass derjenige später vielleicht damit einmal Probleme haben wird.

Weiters möchte ich noch auf meinen Vorgänger Udo eingehen. Es bringt nichts, wenn man sanfte Drogen legalisiert, aus dem Grund, dass dann einfach die sanften Drogen – es ist enorm cool und super, wenn man Haschisch nimmt oder wenn man Cannabis raucht, ja, das wird als genial angesehen. Was ist, wenn man jetzt Cannabis legalisiert? Was wird dann als genial angesehen? Kann es dann vielleicht dazu kommen, dass dann Heroin oder härtere Drogen als genial und super cool angesehen werden? Ich glaube, das ist nicht der Weg, dass wir Drogen legalisieren sollen, sondern wir sollen die Kontrolle eher verschärfen und dafür sorgen, dass auch eingehalten wird, was wir als Gesetz herausgeben. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 12.36 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Jan Sisko. Ich erteile ihm das Wort.

Jan Sisko (12.36 Uhr): Ich weiß, wir haben bereits schon sehr viel über die Drogenpolitik geredet und es mag den einen oder anderen stören, dass noch ein Beitrag dazu kommt. Nur ein Aspekt, der noch nicht an die Reihe gekommen ist, ist das, dass Konsumenten von Drogen, von zum Beispiel Cannabis auch Mitglieder unserer Gesellschaft sind. Ich glaube, dass es unter den Jugendlichen nicht unbedingt so wenige gibt, die diese Droge konsumieren und es bestimmt nicht so, dass all jene, die mit dieser Droge in Berührung kommen, Verbrecher sind oder Junkies, die der Realität entweichen. Ich glaube, viele sind einfach mit dieser Droge in Berührung gekommen und können trotzdem als Teil der Gesellschaft weiterleben und ich möchte bitte appellieren, nicht durch Kampagnen und andere Differenzierungen diese Leute aus der Gesellschaft auszuschließen.

Zu den Strafen vielleicht noch ein kleiner Zusatz. Es ist natürlich wichtig, dass es in unserer Gesellschaft Regeln gibt, aber ich kann mir kaum vorstellen, dass härtere Strafen wirklich Leute davon abhalten können, Drogen zu konsumieren. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.37 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Demokratie und Mitbestimmung.

Berichterstatter ist der Schüler Jan Sisko. Ich erteile ihm das Wort, bitte vom Berichterstatterstuhl aus.

Jan Sisko (12.37 Uhr): Ich bedanke mich, ich darf gleich noch einmal zu Wort kommen. Diesmal darf ich die Ergebnisse des Ausschusses für Demokratie und Mitbestimmung und Recht von Jugendlichen auf öffentlichen Plätzen vortragen, wobei wir uns wohl eher auf Demokratie und Mitbestimmung beschränkt haben.

Als erster Punkt ist hier anzuführen das Wahlrecht mit 16 auf Landesebene wird gefordert. Auf Gemeindeebene ist es bereits üblich, wobei als Argument angeführt wird, dass die Jugendlichen ihre Politiker auf Gemeindeebene bereits kennen, wobei es aber so, dass eigentlich das politische Interesse und die Information an Politik ausschlaggebend sein sollten, in welchem Entwicklungsstadium ein Jugendlicher wählen darf. Wir glauben nämlich, dass die Erteilung des Wahlrechtes Jugendliche auch dazu motivieren könnte, sich mehr mit der Politik auseinander zu setzen und auch ein klareres Bild davon zu bekommen. Wichtig dabei ist, dass die Neuwähler eine verpflichtende überparteiliche Aufklärung erhalten, damit sie nicht billiges Kanonenfutter für Parteipropaganda und Manipulation werden. Ein häufiges Gegenargument ist, dass das jugendliche Interesse an der Politik nicht so groß ist, wobei man entgegenstellen kann, dass sich auch Erwachsene nicht sehr für Politik interessieren und dennoch das Wahlrecht besitzen. Es wäre unfair, den Jungen dieses abzusprechen.

Nächster Punkt waren die Jugendgesetze. Das Jugendschutzgesetz betrifft einmal Jugendliche, warum sollten nicht gewisse Jugendvertreter ausgewählt werden, die sich daran beteiligen und dieses Gesetz mitgestalten?

Ein weiterer Punkt ist die Neudefinition dieses Jugendschutzgesetzes, wobei es möglicherweise sinnvoll wäre, gewisse Vergehen unter kleinere Vergehen angeben, darunter verstehen wir, zu lange fortbleiben, zu frühen Konsum von Alkohol – ich will jetzt nicht wieder auf die Drogenproblematik anspielen. Aber ich glaube, dass diese Vergehen nicht so scharf von der Exekutive geahndet werden sollten. Persönlich möchte ich hinzufügen, wenn Jugendliche so oft von der Exekutive wegen Dingen wie zum Beispiel Ruhestörung angehalten werden, ein sehr schlechtes Verhältnis zwischen der Jugend und Exekutive entstehen kann, was für spätere Zeiten nicht sehr von Vorteil ist.

Ein großes Anliegen ist uns das Mitspracherecht in Gemeinden. Es sollte jede Gemeinde bereit sein, einen Jugendreferenten anzustellen, der konkret für deren Anliegen, natürlich auch für andere Jugendthemen, als Ansprechpartner funktioniert. Er soll wirklich da sein, wenn Jugendliche Forderungen und Anliegen an ihn heranbringen wollen.

Dann haben wir uns noch für kleinere Gemeinden einen Jugendsprechtag überlegt und in Städten wäre ein Jugendbeirat einzuführen, wie es schon zum Beispiel in meiner Gemeinde in Gleisdorf ist, wobei zwei bis drei Sprecher dieses Jugendbeirates, die von den Jugendlichen ausgewählt werden, an den Ausschusssitzungen teilnehmen können und für diverse Aktionen Budgetmittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Ein etwas umstrittener Punkt ist das Demonstrationsrecht für Schüler. Da wir uns überlegt haben, mit 16 auf Landesebene wählen zu lassen, haben wir auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen, mit 16 das Demonstrationsrecht für Schüler auszusprechen.

Dabei sind wir aber darauf gestoßen, dass wir es ablehnen, wenn Schüler dann beginnen, sich vielleicht irgendwelche Programme auszudenken, nur damit sie lustig demonstrieren gehen könnten. Es sollte schon eine genehmigte Demonstration sein, die zumindest die Genehmigung der Schülervertretung oder der Landesschülervertretung hat. Die Exekutive wird gebeten, sich bei Jugendlichendemonstrationen zurückzuhalten. Aber ich glaube, das ist ohnehin der Fall.

Behandlung jugendlicher Politiker. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die Anliegen Jugendlicher, wenn sie auf die lange Bank geschoben werden, verzögert werden, so gut wie abgelehnt sind, da nach einigen Jahren schon eine neue Generation Jugendlicher herangewachsen ist und die beantragenden Jugendlichen bereits das Erwachsenenalter erreicht haben.

Zu einem ganz anderen Punkt. Mobilität, meiner Meinung nach ein sehr wichtiges Mittel für die Jugend, damit sie sich aus ihrem Ort einmal fortbewegen kann und auch etwas anderes von der Welt sieht. Mobilität ist für die Jugend sehr teuer geworden. Öffentliche Verkehrsmittel verlangen bereits ab dem Alter von 15, egal ob diese Jugendlichen Einkommen besitzen oder nicht, Vollpreis, was sehr einschränkend für diese Altersgruppe ist und auch der Führerscheinpreis ist relativ hoch.

Über den Berufsschulbereich werden wir uns auch unterhalten, da ist heute auch schon einiges gefallen. Hinzuzufügen wäre natürlich noch, dass auch Prüfungs- und Mahnungsfristen in diesem Bereich bei der unterschiedlichen Zeitregelung mit dem Dreimonatsturnus ihre Sinnhaftigkeit verlieren.

Dann wären wir wieder beim Thema Drogen. Dazu nur ganz kurz. Beim Alkoholgesetz wurde eben auch gefordert, das Alter nicht auf 14 herabzusetzen, obwohl eigentlich das natürliche Alter, der Beginn des Alkoholkonsums mit 14 bereits da ist. Nur könnte eine Verringerung des Alters dennoch dazu führen, dass noch Jüngere zum Alkohol greifen, was wir natürlich verhindern wollen. Auch die stärkere Kontrolle von Gewerbetreibenden wird verlangt.

Als letzter wichtiger Punkt wünschen sich Jugendliche einen freien Internetzugang, und zwar egal wo und wie. Über die Gemeinde, über die Schule sollten Einrichtungen gefunden werden, um Jugendlichen diese Möglichkeit zu geben.

Ein verstärktes Angebot und einfachere Zugänglichkeit für politische Bildung wäre ebenfalls erstrebenswert. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 12.45 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Schülerin Gudrun Scherf. Ich erteile ihr das Wort und ersuche um Einhaltung der Redezeit, da noch eine Reihe von Wortmeldungen aufliegen.

Gudrun Scherf (12.45 Uhr): Ich möchte anschließend an Jan auf das Wahlalter mit 16 auf Landesebene genauer eingehen. Wie Jan schon erwähnt hat, ist es zuerst einmal sehr wichtig, dass den Jugendlichen ein Informationsangebot von A bis Z zur Verfügung steht. Es ist sehr wichtig, dass die Jugendlichen sich von links nach rechts umgekehrt informieren können, um sich eine Meinung bilden zu können und auch dahinter zu stehen. Und dass die Jugendlichen politisch uninteressiert sind, würde ich keineswegs so definieren, weil es meines Erachtens demnach so ist, dass sich die Jugendlichen, wenn sie ein Recht bekommen, mitsprechen zu dürfen, sich auch darüber informieren, damit sie auch mitreden können. Und das kann ich nur, wenn ich selbst ein gewisses Informationspotenzial zur Verfügung habe.

Es gibt auch genug Leute im Alter von 40 und aufwärts, die keineswegs wissen, warum sie jetzt zu dieser Partei ein Kreuzerl machen. Ich wähle zum Beispiel – ich möchte eine neutrale Farbe nehmen – beige, weil das eine schöne Farbe ist und jetzt gerade modern.

Die Jugend kann auf Gemeindeebene jetzt schon mitbestimmen, was meiner Meinung nach schon ein großer Vorteil ist. Es ist auch auf Landesebene wichtig, weil zum Beispiel die Bestimmungen für das Jugendschutzgesetz in diesen Bereich fallen.

Die Jugend will gefördert werden, es ist ja auch eine Herausforderung, wenn ich mich in die Politik und in die Gesellschaft einbringen kann. Dann mache ich das auch mit viel mehr Engagement und es gibt, wie wir heute sehen, schon einen Teil von Jugendlichen, also die, die wir heute hier sitzen, die Alten von morgen, aber die Jugend von heute, der nicht nur politisch interessiert, sondern auch gebildet ist. Und wenn ich da in die Runde schaue, sehe ich sehr viele Gesichter, die mir das widerspiegeln. Man soll deshalb nicht nur Politik für Jugendliche, sondern auch Politik mit Jugendlichen machen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 12.47 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Michel Mera. Ich erteile ihm das Wort.

Michel Mera (12.48 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wenn man das Steirische Jugendschutzgesetz ganz kurz einmal anschaut, dann sieht man eines, es ist das beste in ganz Österreich. Es gibt der Jugend eine riesige Freizügigkeit, die Jugend kann sehr viel machen unter Berücksichtigung von gewissen Richtlinien und in Schranken, die gegeben sind. Das ist kein Problem, aber manche Punkte gehören hinzugefügt. Zum Beispiel das Wahlrecht mit 16. Das Problem bei diesem Wahlrecht ist, die Jugend selbst ist genauso zerstritten wie die Politik. Keiner kann sich einigen, ob das sein soll oder nicht. Auf Gemeindeebene

ist es beschlossene Sache. Wir sollten es deswegen meiner Meinung nach einmal beobachten, wie es auf Gemeindeebene abläuft und zu einem späteren Zeitpunkt auf Landesebene durchführen, aber nur, wenn es auf Gemeindeebene funktioniert und wenn die Wahlbeteiligung dadurch nicht sinkt, wenn Jugend dabei ist.

Ein weiterer großer Punkt zum Wahlrecht mit 16 ist, dass die Jugend nie zum Kanonenfutter der Parteien werden darf. Aufklärung ja, Propaganda nein danke, das brauchen wir nicht.

Ein dritter Punkt, der im Gesetz verankert gehört, ist das, was wir hier gerade machen, der Jugendlandtag. Ich bitte die Politik, den noch einzigen Vertreter, dass man dies berücksichtigt und den Jugendlandtag jährlich macht unter gewissen Bedingungen, die fix von Anfang an im Gesetz verankert sind, wo nicht nur Parteien darauf Einfluss haben, sondern auch Jugendorganisationen, die steirische LSV und andere Organisationen. Dieser Versuch, ab und zu einen Schülerlandtag zu machen, ist gut, das ist ein Anfang, wenn wir ihn alle Jahre machen könnten, wäre es schön. Die steirische Jugend würde Ihnen danken.

Ein heiklerer Punkt ist das Demonstrations- und Streikrecht für Jugendliche. Das ist schön, jeder würde gerne streiken, wenn etwas nicht passt, jeder würde gerne die Meinung sagen, nur, es ist derzeit noch nicht da. Es wäre auch derzeit illegal. Wir würden es gerne haben, dass wir dürften und nur als Endlösung, falls wir wirklich nichts mehr anderes zusammenbringen würden, falls sämtliche Diskussionen, sämtliche Gespräche scheitern würden und nicht einfach, wenn wir das nicht durchsetzen können, streiken wir. Das darf nicht sein. Zuerst diskutieren und gegebenenfalls, falls wirklich nichts mehr geht, auf das Streik- und Demonstrationsrecht pochen, vorher nicht. In diesem Fall schlage ich vor, dass eine Organisation, zum Beispiel die LSV, die ja die Schüler in der Steiermark vertritt, offiziell das Streikrecht erteilt und ausruft und dass das dann auch gemacht wird. Und solange sie das nicht macht nicht, dass das dann einzelne Schulen machen, wenn, dann geschlossen. Weil wenn dann alle Schüler und nicht einzelne Schulen, einzelne Schüler, das hat keinen Sinn. Wir müssen geschlossen auftreten. (Allgemeiner Beifall. – 12.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Daniel Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Daniel Fuchs (12.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrte Landtagsabgeordnete!

Wie Sie heute hier sehen und hören, ist das politische Interesse der Jugendlichen in der Steiermark sehr groß. Unserer Meinung nach ist es daher auch wichtig, auf kleinerer Ebene politische Integration zu betreiben. Dies bedeutet, Mitsprache in Gemeinden sicherzustellen.

Darunter verstehen wir in größeren Gemeinden die Installierung eines Jugendbeirates oder eines Jugendgemeinderates, wie es bereits in Gemeinden wie Gleisdorf oder Weiz sehr erfolgreich praktiziert wird. Dort werden jugendliche Vertreter gewählt und stellen eine überparteiliche Vertretung dar. Ihre Aufgaben betreffen die Unterstützung, Information, Zusammenführung und Meinungsververtretung von Jugendlichen.

Funktionieren kann dies aber nur, wenn diese ernst genommen und auch Mittel der Gemeinde für sie bereitgestellt werden.

In kleineren Gemeinden stellen wir uns einen Jugendsprechtag vor, an dem Jugendliche mit dem Bürgermeister über ihre Probleme und Anliegen sprechen können.

Es ist sehr wichtig und ich bin mir sicher, dass diese Initiativen dazu beitragen werden, dass das politische Interesse von Jugendlichen geweckt wird, aber auch, dass ganz allgemein das Miteinander der Generationen verbessert wird. Danke vielmals! (Allgemeiner Beifall. – 12.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Schülerin Claudia Haas. Ich erteile ihr das Wort.

Claudia Haas (12.54 Uhr): Wir – die Schüler – sind 200.000 Leute, ohne Lehrlinge. 200.000, das ist ein bisschen mehr als die Hälfte von Graz. Das ist gewaltig. Das ist nur die Steiermark. Wir fordern ein Demonstrationsrecht. Wir fordern ein Demonstrationsrecht deswegen, weil wir neun Jahre, mindestens neun Jahre, betroffen sind von Gesetzen, die Politiker über uns, über unseren Schulalltag beschließen. Es ist wichtig, dass wir auch das Recht haben zu demonstrieren, weil derzeit ist es illegal, weil uns Gesetze betreffen, wo wir nicht mitreden dürfen.

Ein Teil der Politiker ist vor 20 Jahren in die Schule gegangen, der Lehrplan hat sich geändert, der Stoff hat sich geändert, der Druck auf die Schüler. Es hat sich alles geändert und manche Leute sind in ihrer Zeit sitzen geblieben. Und deswegen fordern wir das Demonstrationsrecht, wenn es nicht mehr geht zu verhandeln, wenn es nicht mehr hilft zu verhandeln. (Allgemeiner Beifall. – 12.55 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Franz Friedam. Er ist am Wort.

Franz Friedam (12.55 Uhr): An dieser Stelle soll heute etwas über die Mitsprache, die Gleichbehandlung und die Gleichberechtigung von jugendlichen Menschen und deren Vertretern fallen. Wir alle haben unterschiedliche Vorstellungen und Wünsche, wenn wir von Jugendpolitik sprechen.

Nun, wenn sich Jugendliche zusammensetzen und Ergebnisse erarbeiten, so sollten sie auch die Möglichkeit haben dies zu tun, denn jeder braucht Raum und Zeit, solche Vorschläge zu erarbeiten, denn Kreativität auf Knopfdruck ist selbst von Jugendlichen nicht möglich.

Wichtig ist, dass die Probleme der Jugendlichen überhaupt angesprochen und ernst genommen werden, denn dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass es überhaupt ein demokratisches Miteinander zwischen Vertretern der Erwachsenen, also der Politik und den Jugendvertretern gibt. Dass gewisse Problemstellungen nur von Jugendlichen besser betrachtet werden können, denn der Blickwinkel dieser ist viel weiter, versteht sich von selbst und dass diese dann richtig interpretiert werden, ist wiederum die Voraussetzung dafür, dass realisierbare Vorschläge von Jugendvertretern auch ernst genommen werden können.

Dennoch, wenn diese Vorschläge eingebracht werden, sollten sie nicht in irgendwelchen Schubladen verstauben. Um dies zu garantieren, wäre die Installierung fixer Gremien, mit diesem Schüler- und Jugendlandtages, ein Zeichen dafür, dass Jugendpolitik etwas wert ist. Auch wäre dies Motivation für viele Jugendliche, Politik zu betreiben, denn dadurch könnte die Politik der Erwachsenen zeigen, dass man uns Jugendliche auch Politik machen lässt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Schüler Robert Schnuderl. Er ist am Wort.

Robert Schnuderl (12.57 Uhr): Ich möchte einmal sagen, ich glaube, das Interesse der Jugend an der Politik ist wesentlich höher als das Interesse der Politik an der Jugend. Wenn ich hier in die Runde schaue, muss ich leider feststellen, dass nur mehr sehr wenige Landesräte hier sind. Ich möchte ihnen danken, dass sie noch da sind bei uns.

Wenn es um Rechte der arbeitenden Jugendlichen geht, möchte ich einmal feststellen, dass die steirischen Lehrlinge oder überhaupt die österreichischen Lehrlinge, wenn sie in die Berufsschule gehen und dort zu spät kommen, eine Verwaltungsstrafe von 300 Schilling zahlen müssten. Dies wird Gott sei Dank in der Steiermark so nicht vollzogen, jedoch in anderen Bundesländern. Mir wäre es eigentlich recht, wenn dieser Paragraph aus dem Gesetz gestrichen würde, weil ich sehe es nicht ein, wenn man 5 Minuten zu spät in die Schule kommt, dass man 300 Schilling Strafe zahlen soll.

Wegen der Mahnungsfrist in der Berufsschule: Seit heuer gibt es bei Fächern, die nur mehr vier Schulstunden pro Woche haben, nur mehr eine Schularbeit. Wann soll jetzt gemahnt werden? Vor der Schularbeit oder nach der Schularbeit? Also das ist absolut hirnrissig, da eine Mahnungsfrist zu haben.

Wenn man neue Lehrlingsgesetze bespricht oder überhaupt über Lehrlinge spricht, das will ich noch einmal ansprechen. Ich bitte, auch mit den Lehrlingsvertretern sprechen. Es gibt 21.500 Lehrlinge in der Steiermark. Wenn irgendwas besprochen wird über Lehrlinge hat mich noch nie jemand gefragt und den Markus Scheiner, den Landeschulsprecher, auch noch nicht. Es wird einfach über uns hinweg entschieden. Wir werden einfach nicht gefragt. Wir erfahren alles aus den Medien.

Zum Drogenthema will ich noch sagen, dass es in den Berufsschulen leider so ist, dass – ich schätze einmal – mehr als jeder fünfte Berufsschüler schon einmal mit Drogen Kontakt hatte. Allein diese Woche habe ich schon drei Leute bei mir in der Berufsschule Haschisch rauchen gesehen. Also das Drogenproblem ist in der Berufsschule wirklich sehr hoch und es gibt in der Berufsschule keine Drogenaufklärung oder nur sehr selten. Die sollte wirklich durch Drogenberatungsstellen vollzogen werden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.00 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung von Schüler Roman Nußgruber. Ich erteile ihm das Wort.

Roman Nußgruber (13.00 Uhr): Ich möchte noch ein paar Worte über den Alkohol verlieren. Zweifellos ist der Alkohol in Österreich eine Gesellschaftsdroge und stellt auch eine Einstiegsdroge für härtere Drogen, wie Heroin oder Kokain, dar. Allerdings ist er eben gesellschaftlich anerkannt und wird eigentlich nicht als Droge gesehen.

Die gesetzliche Regelung, die wir derzeit haben, ist eigentlich sehr gut, allerdings ist die Kontrolle sehr schlecht. Es müssen einfach in Geschäften Ausweiskontrollen für Jugendliche eingeführt und der Verkauf an Kinder muss sowieso abgeschafft werden. Eltern von Kindern, die unter Alkoholeinfluss stehen, schwere Unfälle haben usw., müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden. Bei Lokalen müssen auch die Einlassungsbestimmungen härter durchgezogen werden.

Dann möchte ich noch zum Demonstrationsrecht kommen. Das Demonstrationsrecht ist ein wichtiges Gut und ein Grundstein unserer Verfassung und ist ja auch nicht überall und immer selbstverständlich gewesen. Doch seit es eben diese neue Bundesregierung gibt, wurde das Demonstrationsrecht auch oft dazu ausgenutzt, einfach nicht die Schulbank drücken zu müssen und gegen diese demokratisch gewählte Regierung zu demonstrieren. Die Schüler müssen eben davor geschützt werden, von politischen Parteien aller Seiten und aller Couleurs für populistische und medial ausgeschlachtete Veranstaltungen dieser Art missbraucht zu werden. Jeder Schüler muss so viel Verantwortungsbewusstsein aufbringen, um nicht einfach vorgekaute Inhalte runterzuschlucken und bei derartigen Events – um es Neudeutsch schön zu sagen – mitzumarschieren, weil es in oder gerade schick ist, gegen etwas zu sein.

Demonstrationen müssen erlaubt sein, doch ein Demonstrieren um des Demonstrierens Willens verfehlt den Sinn dieser Einrichtung. Demokratie kann nicht nur aus Konfrontation bestehen, sondern miteinander arbeiten, um die Zukunft zu gestalten, das bedeutet Demokratie. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.02 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Schüler Thomas Tödting. Ich erteile ihm das Wort.

Thomas Tödting (13.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen!

Ich habe mir heute zwei Themen vorgenommen. Das erste ist, Informationsmöglichkeit für Jugendliche. In vielen größeren Gemeinden ist es zum Glück schon Realität geworden, dass es Jugendzentren gibt, wo ein Internetzugang für Jugendliche kostenlos rund um die Uhr beinahe möglich ist. Ich glaube, das Problem liegt in den kleineren Gemeinden, die eben einen kleineren Anteil an jugendlichen Bürgern haben. Hier denken wir, könnte es vielleicht helfen, wenn am Gemeindeamt ein Computer für die Jugendlichen zur Verfügung steht, wo sie gratis das Internet nutzen können und dadurch die Jugendlichen vielleicht auch in politischer Hinsicht gebildet werden.

Zweiter Punkt, verstärktes Angebot für politische Bildung. Für mich oder für uns gibt es zwei Wege, wie politische Bildung vermittelt werden kann. Erstens in der Schule, hier ist das Problem, dass es zwar seit heuer ein neues Fach, nämlich „Politische Bildung“, das Problem ist, dass der Inhalt dieses Faches nicht geändert wurde. Das heißt, es hilft nichts, die Etikette auszulöschen und den Inhalt gleich zu behalten, man sollte das ganze Paket neu schnüren. Und der zweite Weg, politische Bildung vermittelt zu bekommen, ist von der Politik selbst, von Politikern – wie ich meine, hat jeder Politiker diesen Lehrauftrag – Jugendlichen politisches Verständnis zu lehren und das auch bei jeder Gelegenheit zu nutzen, natürlich auf einem überparteilichen Weg.

Ich glaube auch, dass dieser Landtag heute ein Zeichen dafür ist, dass die Politik sehr wohl an unseren Anliegen interessiert ist und kann mich der Forderung und dem Wunsch nur anschließen, diesen Landtag der Jugendlichen und Schüler auch jedes Jahr einzuberufen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.03 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Karoline Schlögl. Sie ist am Wort.

Karoline Schlögl (13.03 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Schülerlandtag!

Da das Wahlalter auf Gemeinderatsebene auf 16 Jahre gesenkt wurde, wäre es nun auch sinnvoll im Gymnasium „Politische Bildung“ als Unterrichtsgegenstand anzubieten. Übrigens bin ich dafür, dass der Lehrer nur einen Allgemeinblick in die Politik geben sollte und von allen Parteien Vertreter zur Erläuterung ihres Parteiprogrammes und zu einer anschließenden Diskussion eingeladen werden sollten, um politischer Agitation vorzubeugen. Das wäre mit Sicherheit eine willkommene Abwechslung für die Schüler und sie würden für das Leben und nicht starr nach Büchern lernen, denn mittlerweile wäre es schon längst sinnvoll, eine Reform zur Zusammenlegung gewisser Fächer durchzuführen, da sich die Zeiten bekanntlich ändern. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.04 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Walter Reiner. Ich erteile Ihnen das Wort.

Walter Reiner (13.04 Uhr): Ich möchte gerne einmal feststellen, dass es mich wundert, dass sich die Reihen hier lichten, dass es nicht möglich ist, dass heute die gesamten Landesregierungsmitglieder anwesend sind. Was mich auch wundert ist, dass es nicht möglich ist, eine wichtige Sache wie diese an einem Tag zu machen, wo wirklich alle hier sind, dass das an einem Tag gemacht wird, dass Todestag ist, wo der Herr schon 30 Jahre tot ist. Das weiß man schon im Vorhinein und es ist verwunderlich, dass die Politiker nicht in der Lage sind, ihre Termine für die vier Stunden, die wir hier diskutieren, zu verschieben. (Allgemeiner Beifall.)

Und durch den Applaus geben mir die meisten Recht.

Ich möchte noch dazu sagen, wir sind bereit zu diskutieren, doch mit wem sollen wir diskutieren, wenn niemand da ist, der uns zuhört? Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 13.05 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Uwe Neumann. Ich erteile ihm das Wort. Es sind eine Reihe von Abgeordneten im Haus, die sehr aufmerksam diese Ausführungen der Schülerinnen und Schüler verfolgen. Es sind von allen Fraktionen Damen und Herren vertreten. Herr Neumann, Sie sind am Wort.

Uwe Neumann (13.06 Uhr): Wahlrecht mit 16, zumindest auf Landesebene, wieso nicht? Es würde dies eine gute Vorbereitung für eine Wahl auf Bundesebene sein, die doch etwas mehr Verantwortung in sich birgt. Weiters sei gesagt, dass auch ich der Meinung bin, dass das Interesse Jugendlicher an der Politik in keinster Weise geringer ist als das der Erwachsenen. Ganz im Gegenteil, für Jugendliche ist die Politik mehr oder weniger etwas Neues und neu macht neugierig. Daher informiert man sich auch etwas genauer. Wenn ein Wahlrecht mit 16, dann wird sich auch die Politik in Österreich verändern, und zwar mehr in Richtung Jugend, was nur sehr positiv zu beurteilen wäre, da ja unsere Jugendlichen, unsere Jugend auch gleichzeitig unsere Zukunft ist und dies auch immer bleiben wird. Somit spreche ich mich deutlich für ein Wahlrecht mit 16, jedoch auf die Landesebene beschränkt, aus. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.07 Uhr.)

Präsident: Wir haben eine spontane Wortmeldung von Julia Winkler. Ich erteile ihr das Wort. Nächste Wortmeldung Mario Aigelsreiter.

Julia Winkler (13.08 Uhr): Ich möchte nur sagen, ich habe meinem Vorredner zugestimmt, als er gesagt hat, er findet es schade, dass nur mehr so wenige Mitglieder der Regierung hier sind. Was aber glaube ich auch einen großen Applaus und ein großes Dankeschön von unserer Seite verdient, sind die Leute, die jetzt noch da sitzen, die uns sehr wohl drei Stunden zugehört haben. Ich glaube, das sollte auch erwähnt werden. (Allgemeiner Beifall. – 13.09 Uhr.)

Präsident: Ich stelle fest, der Applaus war ein sehr starker. Nächste Wortmeldung Mario Aigelsreiter. Sie sind am Wort.

Mario Aigelsreiter (13.09 Uhr): Wahlrecht mit 16 klingt für viele wunderbar. Für viele, die meinen, auf uns wird nicht gehört, die Politiker entscheiden sowieso über unseren Kopf. Diese Jugendlichen denken sich wahrscheinlich, klass, jetzt bin ich wer, jetzt darf ich wählen. Aber ist es dann nicht möglich, dass Politikerinnen und Politiker ihnen sagen, ihr müsst uns wählen, wir sind die Besseren? Oder gibt es Aufklärungsmethoden? Ich weiß nichts davon. Wenn es das Wahlrecht ab 16 wirklich gibt, muss eine Aufklärungskampagne gestartet werden. Es dürfen die Jugendlichen nicht zum Kanonenfutter der Parteien gemacht werden. Ich finde, es sollte mehr getan werden, dass Jugendliche später mehr Chancen haben. Freilich ist es gut, mit 16 wählen zu gehen, aber es wäre auch sinnvoll, wenn das Wahlalter gleich bleiben würde. Ich möchte noch dazusagen, wenn Jugendliche sich manipulieren lassen, sind dann nicht Erwachsene gleich? Danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.10 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Omid Redjaian. Ich erteile ihm das Wort.

Omid Redjaian (13.10 Uhr): Alles, was wir bis jetzt gehört haben vom dritten Ausschuss, Wahlrecht ab 16 Jahren, okay, also einige von uns fühlen sich sicher geschmeichelt, dass man ihnen den Verstand zutraut, ab 16 bereits wählen zu können, andere werden sich jetzt sicher denken, worum geht es überhaupt. Es ist für mich etwas komisch, dass man versucht, einer Gruppe von Leuten ein Recht zu geben, wobei sie ohnedies schon so viele andere Probleme haben.

Man kann von niemandem erwarten, dass er irgendetwas tut, von dem er nichts weiß. Jetzt kann ich nicht hingehen und sagen, ab nächstem Jahr dürft ihr wählen und dann stehen sie da, so, was ist wählen? Was muss ich wählen? Wer bietet sich an? Und das ist das größte Problem, die Information, die Aufklärung, die Darbietung von Grundlagen, auf den die neuen Wähler, falls das mit dem Wahlalter ab 16 passieren sollte, sich irgendwie aufbauen können. Was ist SPÖ, ÖVP, was ist das, was bieten sie mir an, was können die, was machen die, wie hat es bis jetzt ausgesehen? Weil man kann von neuen Wählern oder Wählern in spe nicht erwarten, dass sie etwas tun, was derzeit Erwachsene mit 40 oder 60 Jahren selber noch immer nicht hinkriegen. Ein ordentlicher Prozentsatz fragt, wenn man sagt, ich gehe zum Landtag, was ist das, gibt es dort etwas zu essen?

Ganz ehrlich, Aufklärung ist das Allerwichtigste. Wenn jemand das Wahlrecht ab 16 haben möchte, dann muss er sich eben selbst darum kümmern, weil ich bezweifle ernsthaft, dass da die Aufklärung von Seiten der Regierung anfangs von selbst so gut sein wird. Man muss selbst auch etwas dafür tun. Interessierte Schüler, interessierte Jungpolitiker okay, aber man kann das nicht allen aufzwingen. Schlimmstenfalls wird eben der Prozentsatz der Nichtwahlbeteiligten in die höchsten Lüfte emporsteigen und das war es dann wohl.

Und was das Thema Alkohol unter dem Titel Demokratie zu suchen hat, verstehe ich immer noch nicht ganz, aber bitte. Alkoholverbot ja, Kontrollen, nicht jemand alles auf einmal auf den Kopf hauen, man muss das alles langsam angehen und vorsichtig sein, dass man nicht irgendetwas überstürzt, was dann wieder in einem absoluten Chaos endet. Vielleicht haben wir dann wieder solche Plakate wie „Barkeeper sind Mörder“. So soll es nicht enden. Langsam die ganze Sache in allen Bereichen angehen! Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.13 Uhr.)

Präsident: Die Schülerin Claudia Haas hat sich gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Die nächste Wortmeldung kommt dann von Karl Kowald.

Claudia Haas (13.13 Uhr): Werden Anliegen Jugendlicher auf die lange Bank geschoben, sind diese bei ihrer Umsetzung bereits erwachsen. Das heißt, ich bitte diesen Landtag, der jetzt schon eine Zeit dauert, auch unsere Anliegen – und wir haben sehr viele vorgetragen – ernst zu nehmen, sich das einmal anzuschauen, sich das durchgehen zu lassen, eventuell auch zu handeln, falls der Bedarf da ist. Dann bedanke ich mich, dass dieser Jugendlandtag überhaupt stattgefunden hat. Es ist sehr schön, dass Jugendliche auch einmal zu Wort kommen und sich die Politiker anhören, welche Probleme und welche Schwierigkeiten es im Schülerdasein beziehungsweise bei den Jugendlichen überhaupt gibt. Zu dem muss ich sagen, die Vorsprechungssitzung ist sehr gut gelaufen, es läuft auch jetzt sehr gut. Ich bin sehr froh, dass sehr viele da sind, bin sehr froh, dass viele Schüler Statements abgegeben haben, was recht wichtig ist. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen und das sage ich, weil es mir Sorgen bereitet, dass jetzt Jugendliche, die nicht einmal 20 Jahre alt sind, der Schnitt liegt bei 16, 17, Parteifutter sind.

Ich möchte, falls dieser Jugendlandtag wieder stattfindet, dass sie das auch objektiv anschauen und nicht nur das nachplappern, was die oder die oder die Partei gesagt hat oder was in deren Partei im schönen Parteihandbuch steht.

Wir sind 200.000 Leute, wir haben Rechte, wir sind mehr oder weniger eine Macht und wenn die Jugend sich zusammenschließen würde und es wirklich schafft, an einem Strang zu ziehen, dann ist es eine große Macht. Deswegen bitte ich die Jugend zusammenzuhalten, weil wir bestimmen für die nächste Jugend und die nächste Jugend wir kommen und das wird wiederum die Zukunft von morgen sein, so wie wir jetzt, dass auch die noch ein schönes Leben haben. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Karl Kowald. Er ist am Wort.

Karl Kowald (13.15 Uhr): Gleich am Anfang möchte ich mich auch noch einmal bedanken, dass das Ganze stattfinden konnte und darauf hinweisen, dass wir eben auch gewillt sind, das weiterhin zu machen, eben darauf hinzuweisen, was für Jugendliche interessant ist, damit wir mit den Politikern sprechen können. Ich möchte jetzt aber nicht nur die ganze Zeit danken, sondern auch noch ein paar inhaltliche Themen besprechen, und zwar das Demonstrationsrecht ab 16. Ich finde, es ist schön durchzusetzen und wir wollen es auch deshalb haben, damit einfach wir das Recht haben. Wir wollen nicht einfach alle zwei Wochen mit Plakaten auf die Straße rennen, sondern unser Weg wäre es, dass wir ein Konzept schreiben, wenn wir eine Idee haben, dass wir das Ganze vorbringen, dass wir das diskutieren, dass wir versuchen das umzusetzen. Und erst wenn alles nichts hilft und wir noch immer im Glauben sind, dass das gut ist, dass wir dann streiken gehen, aber nicht vorher. Aber andererseits, wie weit wird man ernst genommen, wenn man demonstriert und man hat aber kein Wahlrecht und kann dann das, wofür man demonstriert, nicht umsetzen? Deshalb bin ich auch für das Wahlrecht ab 16, und zwar allgemein. Weil ein Lehrling arbeitet mit 16 auch schon, zahlt Steuern und darf aber nicht mitentscheiden, wer das Land regiert. Und ein Schüler, der eine höhere Schule besucht, dem soll man es nicht zutrauen können, dass er entscheiden kann, für welchen Standpunkt er steht? Das glaube ich nicht. Natürlich muss man da auch im Schulsystem reformieren und die Politische Bildung früher ansetzen, und zwar eine objektive Bildung im Allgemeinen, wie das System aufgebaut ist, weil über bestimmte Themen wird ohnedies genug hin- und hergeredet und man muss einfach schauen, dass man den Schülern zeigt, dass man Informationen hinterfragt und nicht alles glaubt, was man hört. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (13.18 Uhr): Liebe junge Kolleginnen und Kollegen!

Wir, die eigentlichen Abgeordneten, die sonst hier sitzen, haben uns heute sehr zurückgehalten und ich glaube, das war auch sehr gut so, weil wir eine exzellente Diskussion gehört haben und ich glaube, einen tollen Beitrag zur Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen oder an politischen Diskussionsprozessen mitverfolgen durften, deswegen will ich jetzt ganz kurz abschließend sozusagen einige Anmerkungen machen.

Erstens den Dank, der gelegentlich gekommen ist, kann ich wirklich zurückgeben, weil ich glaube, dass diese Diskussion wirklich erstklassig war und dass sich daraus ableiten lässt die Notwendigkeit, dass wir irgendeine Form finden, um dieses Gespräch weiter fortzuführen und hier sozusagen einen Weg finden, der heute mehrfach angesprochen worden ist, um auf dieses Potenzial in Hinkunft nicht verzichten zu wollen, sondern im Gegenteil, hier gemeinsam die Themen, die heute ja nur kurz angesprochen werden konnten, auch tatsächlich weiter zu diskutieren.

Daher das Erste, weiter im Gespräch bleiben. Das Zweite, ich glaube das Wahlrecht mit 16, das heute mehrfach angesprochen worden ist – mehrfach ist gesagt worden, das gibt es schon auf Gemeindeebene – so selbstverständlich ist das nicht, denn wir haben es erst am 3. Juli hier im Landtag beschlossen, dass bei den nächsten Gemeinderatswahlen Wahlalter 16 gilt. Ich glaube, das war ein guter, richtiger erster Schritt in die diese Richtung. Und ich gehe auch davon aus, dass das, was im Zuge der Landtagsdebatte damals auch diskutiert worden ist, nämlich schauen wir einmal, wie das funktioniert auf Gemeindeebene. Ich glaube, dass auf Gemeindeebene bei den Gemeinderatswahlen in Graz und dann später in den anderen Gemeinden das so gut funktionieren wird, dass nach diesen Gemeinderatswahlen die Diskussion um weitere Wahlaltersenkungen sich beschleunigen wird, wie wir es ja auch schon in der Arbeiterkammer im Arbeiterkammergesetz seit der letzten Arbeiterkammerwahl Wahlalter 15 haben.

Ich glaube daher, dass wir diesen Tag als positiven in Erinnerung behalten sollten, darf abschließend vielleicht noch sagen bezüglich der Präsenz der Regierung, das kann keine besondere Missachtung sein, weil die Präsenz der Regierung bei den anderen Landtagssitzungen auch ungefähr in der Dimension wie heute ist. Also da bitte kein besonderes Zeichen der Missachtung zu finden. Abschließend noch einmal recht herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall. – 13.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Karl Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Karl Fuchs (13.20 Uhr): Verehrte Anwesende!

Ich habe vorbereitet von der Problematik der Berufsschulen, und zwar es ist angesprochen worden, dass die Mahnfrist unnütz ist. Die Mahnfrist dauert bis zur vorletzten Schulwoche und es hat jeder Schüler vorher noch die Möglichkeit, mit dem Lehrer zu reden. Das sollte sich auch jeder Schüler trauen, den Lehrer zu fragen, wie stehe ich, wie schaut es aus, wie kann ich mich verbessern?

Dann das Nächste, was für die Jugend zu teuer ist, der Führerschein. Nur ein Beispiel, die Führerscheine der Klassen A, B, C und E zusammen betragen rund um den Daumen 30.000 Schilling. Das ist für einen Jugendlichen mit 17 oder 18 schon ein bisschen viel. Ich habe jetzt den Führerschein gemacht, bis jetzt 32.000 Schilling ausgegeben, ohne Auto. Wohin führt das noch? Wie soll sich das ein Jugendlicher leisten können, einen Führerschein zu machen und dann noch ein Auto zu leisten? Wie soll das gehen und wofür ist überhaupt das ganze Geld, das die Fahrschulen hier verlangen? Ein Prüfer, der da 50 Minuten im Prüfungsraum drinnen sitzt und nichts tut, kriegt, glaube ich, 1000 Schilling für die 50 Minuten und das ist unnütz. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (13.22 Uhr): Herr Präsident, werter Landesrät, Hohes Haus!

Die Technik ist zwar irgendwie ein bisschen am Versagen da. Was nicht versagt hat, ist die Qualität dieses Schüler- und Jugendlandtages. Ich bedanke mich recht herzlich für dieses Engagement, das hier heute an den Tag gelegt worden ist. Es ist nicht nur für mich als jüngste Abgeordnete in der Steiermark einfach eine Wohltat gewesen, wie viel Power und Engagement bei euch drinnen steckt. Ich hoffe, dass ihr das weiter behalten könnt und vor allem viel stärker noch einbringen werdet. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man Jugend ernst nimmt. Das wird auch immer wieder bewiesen, sei es durch statistische Umfragen, sei es durch Diskussionsrunden und vor allem durch Tage wie heute.

Es ist schon einmal der Wunsch gekommen, könnten wir das nicht einmal im Jahr machen? Meinerseits gerne. Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass die Möglichkeit besteht, Mitbestimmung lebendiger zu machen, nachhaltig zu machen und vor allem gemeinsam in die Zukunft zu gehen. Denn was wir nicht vergessen sollten ist das, was wir jetzt im Landtag beschließen, was wir jetzt machen, ist Politik für die nächste Generation. Ich glaube, gerade in diesem Zusammenhang muss es möglich sein, dass jeder und jede von den Jugendlichen in der Steiermark die Möglichkeit hat, hier das Mitspracherecht aktiv und unaufgefordert in Anspruch nehmen zu können.

Hier haben wir aber auch einen Punkt, das ist die Wahlaltersenkung. Es ist richtig, dass hier der Antrag gestellt worden ist und es wird auch bei der nächsten Gemeinderatswahl mit 16 möglich sein zu wählen. Landesrat Flecker hat es heute schon einmal erwähnt und ich kann es nur noch einmal betonen, es ist wichtig, dass man wählen darf, dass man ein Mittel des demokratischen Entscheidungsprozesses mittragen darf. Mir ist es nur leider persönlich zu wenig, hierbei nur auf Gemeinderatebene das ausüben zu können. Ich glaube sehr wohl, wenn man bereit ist, sich mit Politik auseinander zu setzen, wenn man sich politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen genauer anschaut, dann ist es nicht nur auf Gemeindeebene, dann macht man das im Unterbewusstsein auf Landes- und auf Bundes- und auch auf EU-Ebene. Und hierbei ist es mir einfach persönlich zu wenig, nur in diesem einen Bereich diese Möglichkeit haben zu können und in anderen Bereichen nicht. Denn das ist sehr wohl ein Ausdruck für mich für Ernsthaftigkeit. Wenn es Mitbestimmung und Mitgestaltung gibt, dann muss sie generell gelten und ich kann nur noch einmal wiederholen, unaufgefordert und überall möglich.

In diesem Sinne danke für eure Anteilnahme. Danke, dass ihr hier gewesen seid und ich hoffe, dass das weiter in Zukunft so bleiben wird! (Allgemeiner Beifall. – 13.25 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (13.25 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss den Abgeordneten Christopher Drexler ein bisschen korrigieren, es ist nicht wie immer, denn normalerweise gehen bei uns die Tische hier hoch. Das ist heute anders, sie bleiben unten. Man kann drücken auf „auf“ und es rührt sich nichts. Also insofern ist es etwas anders.

Ich bin ein bisschen zu spät gekommen, deshalb muss ich nachsitzen und das ist richtig so. Nach der Berechnungsmethode müsste ich jetzt – eine halbe Stunde – sechsmal 300 Schilling zahlen. Aber im Ernst, gelobt sind Sie schon genug geworden. Ich habe dann zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Ich habe mir alles oder sehr vieles aufgeschrieben, was ich von Ihrer Seite mitgekriegt habe.

Auf Grund meiner Zuständigkeit für die Jugendbeschäftigungsfragen beziehungsweise Lehrlingsausbildung – meine Herren von der Berufsschulabteilung sitzen von Anbeginn hier und haben das auch mit großem Interesse mitgehört und auch die Wünsche und Begehren registriert – darf ich ein paar Dinge anmerken, also Informationen.

Zum einen, die geforderte Sache, dass nämlich mit der Lehrlingsausbildung und mit der Absolvierung einer Berufsschule nicht das Leben aus sein soll, das ist völlig richtig. Wir versuchen das auch und da bitte ich Sie quasi da mitzutun, auch in der Imagekorrektur, dass nicht die Lehre eine Sackgasse ist. Das stimmt nicht. Wir haben ja berühmte Lehrlinge. Die Waltraud Klasnic ist ein Lehrling, der Frank Stronach, der Arnold Schwarzenegger, das sind sozusagen diese Paradelehrlinge. Es ist wichtig, dass wir diese Imagekorrektur betreiben, denn was Sie vielleicht da oder dort nicht wissen, fast 50 Prozent des Jahrganges in der Steiermark sind in der Lehre. Das ist ein Nachwuchsbereich, eine Nachwuchspflege, die nicht nur aus der rein egoistischen Sichtweise der Wirtschaft notwendig ist. Es ist aus der Sicht der Wirtschaft jeder Ausbildungszweig gleich viel wert. Der Lehrling ist genauso viel wert wie der Absolvent der Hochschule.

Aber dass es da oder dort gewisse Diskriminierungen gibt beziehungsweise auch in der Image-, in der Einschätzungsfrage, das wissen wir. Da sind wir zum Teil ja auch selbst schuld, wenn wir gesagt haben, wenn du nicht lernst, dann musst du lernen gehen, wenn du nicht brav lernst in der Schule, wenn du keine Mittelschule, keine Matura

machst, dann musst du lernen gehen. Das ist fürchterlich. Das stimmt nicht. Das hat auch zu einer gewissen Schieflage in der Einschätzung im Image geführt. Und wir versuchen da dagegen zu kämpfen, nicht nur indem wir halt bei den Berufsschulen und bei den Lehrlingsheimen auch entsprechend aufrüsten. Es hat noch nie so viele Investitionsmittel gegeben wie in den letzten Jahren. Wir haben die Berufsschulen ausgestattet in Bad Gleichenberg, in Graz. Wenn Sie einmal vorbeischaun, auch architektonisch hoch interessant, diese Torte. Das ist auch europaweit ein Architektur-mahnmal schon geworden.

Was wir auch seit geraumer Zeit noch tun, ist dieser Bildungsscheck für Lehrabsolventen. Der Versuch, damit deutlich zu machen, dass mit dem Absolvieren der Berufsschule das Leben nicht aus ist in der Frage der Vorbereitung und der Anpassung auf das Leben. (Störende Geräusche!) Das ist der berühmte Handyeffekt. Entschuldigung. (Störende Geräusche.) Das bin nicht mehr ich, das muss jemand anderer sein, ich habe schon ausgeschaltet.

Wir zahlen nämlich 500 Euro, das sind knapp 7000 Schilling, und das soll bis zu 50 Prozent der Kosten von berufsbezogenen Kursen, Vorbereitungskursen, etwa zur Berufsmatura, abdecken. Es kommt auch schon vor und das zelebrieren wir wirklich, um zu zeigen, dass das möglich ist, anderen Mut zu geben, ich habe letzte Woche einen Fachhochschulabsolventen – Dipl.-Ing. FH für Baumanagement – im Weißen Saal der Grazer Burg bei der Graduierung ausgezeichnet. Also ein ehemaliger Lehrling, ein Berufsschulabsolvent, der zum Dipl.-Ing. FH graduiert ist.

Das sind Dinge, die notwendig sind, die nicht von heute auf morgen gehen, weil wir auf der anderen Seite wissen, dass diese Nachwuchspflege letztlich auch die beste Form der Wirtschaftsförderung ist. Also nicht zu investieren in irgendwelche Dinge, die man angreifen kann und in irgendwelche Hardware, sondern in die Software, das heißt also in die Talente, auch in diese 1,3 Kilogramm, die zwischen den zwei Ohrwuscheln drinnen sind und die bei jedem, meine Damen und Herren, gleich schwer sind. Lassen Sie sich nicht verführen von der Ideologie, die da oder dort da ist, dass der eine behindert ist und der andere nicht. Es gibt unterschiedliche Talente. Entscheidend ist gesellschaftspolitisch gesehen, wie ich diese Talente, diese Fähigkeiten, diese Potenziale fördere und entwickle. Und wir können also das eine oder andere dazu beitragen, aber letztlich sind Sie selbst – und Sie haben ja heute das sehr engagiert vorgetragen – eh auch dabei, das Richtige zu tun.

Es ist auch der Internetzugang gefordert worden. Auch da eine Information. Wir haben drei Jahre lang, zusammen mit den Schulerhaltern, was wir zum Teil selbst sind, aber auch die Gemeinden und der Bund, alle Volksschulen hinauf bis zu den Universitäten, insbesondere dort auch die Studentenheime, von der Hardwareseite her mit Internetzugang ausgestattet. Wir haben praktisch 120.000 Jugendliche in den Schulen technisch am Netz. Dass natürlich da oder dort die Organisationen und auch der berühmte Inhalt, dieser Content, der ja heute in dieser neuen Technologie viel wichtiger ist, also die Software und das Anwenden und das Wissen wie das geht, das ist schon klar, das ist mir auch klar. Ich bin ja selbst, wie Sie also hier sehen, ein nicht immer perfekter Anwender dieser neuen Technologien und der Telekommunikation. Meine Bitte ist auch und Sie sind ja Schulsprecher, öffnen Sie dort auch die Türen und Tore. Wenn da jemand den Internetanschluss versteckt, dann war das nicht in unserem Sinne. Also die Hardware ist da, wir haben investiert. Das hat rund 40 Millionen Schilling gekostet. Das ist an sich abgeschlossen.

Nur, auf der Seite der Anwender sitzen Sie. Bitte – Ermutigung an Ihre Adresse – das soll keiner im Direktorenkammerl, im Konferenzzimmer oder sonst irgendwo einsperren. Das muss man verwenden, weil zum Schluss ist es nächstes Jahr oder übernächstes Jahr eh schon veraltet.

Das als Informationen.

Und meine Bitte ist nur abschließend, mein Appell, Sie haben es ohnedies zum Großteil selbst hier vorgelebt und es ist durchaus für uns als die, die als Jugendliche von gestern sich ansehen müssen, in ihrer Terminologie, da habe ich nur einen Wunsch an die Erwachsenen von morgen, wie Sie sich richtigerweise sehen wollen. Bitte denken und reden Sie nicht wie die Erwachsenen von gestern. Seien Sie da sehr selbstkritisch, hinterfragen Sie das eine oder andere, das Sie da lesen und kommuniziert bekommen in den Überschriften. Seien Sie kritisch, das ist das Wichtigste, und zwar parteien- und ideologieunabhängig. Das ist die einzige Chance, die wir haben, das ist der Rohstoff. Wir haben sonst keine Rohstoffe. Wir sprechen deswegen auch ganz bewusst von der Region der hellen Köpfe, was nicht heißt, dass es nur um Schädeln geht, sondern da geht es um Herz, um Seele, sozusagen um die menschliche Kompetenz. Also nicht nur das, was ich weiß, sondern auch wie ich charakterlich und wie ich psychisch und wie ich sozial eingestellt bin, also sozusagen diese soft-kills, die Sie angesprochen haben.

In diesem Sinne – wie gesagt, ich bin ein bisschen für Wirtschaft und Finanzen zuständig – meine Bitte, Sie sind da maßgeblich beteiligt, wie dieser steirische Wert und diese steirischen Werte sich entwickeln. Ob gut, ob weniger gut, ob positiv oder negativ, behalten Sie Ihr Engagement und behalten Sie vor allem Ihren kritischen Zugang zur Sache. (Allgemeiner Beifall. – 13.33 Uhr.)

Präsident: Mit der letzten Wortmeldung der Landesschulsprecherin Margret Hausegger schließe ich die Rednerliste. Margret Hausegger ist am Wort.

Margret Hausegger (13.34 Uhr): Ich möchte Ihnen allen, den Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages, den Regierungsmitgliedern, und zwar allen, auch denen, die nicht anwesend waren, danken für den Beschluss des Jugendlandtages. Ich möchte ganz besonders Herrn Landesrat Schützenhöfer danken und für seine Initiative dafür. Ich glaube, die, die heute da waren, werden viel mitnehmen, werden es den anderen berichten, wie ich hoffe, was sie gehört haben und wir Jugendlichen haben schon in den Vorbereitungsgesprächen unglaublich viele Ideen und Meinungen ausge-

tauscht. Also da sind Ideen von großartigster Weise gekommen und ich wage zu behaupten, dass dieser Jugendlandtag auch für die Abgeordneten des Landtages eine Bereicherung dargestellt hat. Ich kann nur sagen, wir 56 Jugendlichen, die hier sitzen, wir fordern nicht von Ihnen, dass sich morgen alles ändert, dass Sie morgen nur mehr Jugend- und Schulpolitik machen, so wie wir uns das vorstellen. Nein, doch wir erwarten etwas von Ihnen. Wir erwarten, dass Sie uns ernst nehmen, dass Sie nach Hause gehen, darüber nachdenken, was Sie heute gehört haben und uns ernst nehmen, nichts weiter.

In diesem Sinne möchte ich allen Parteien danken, dass sie zu einem Konsens gefunden haben, dass der Jugendlandtag stattfinden konnte. Ganz, ganz besonders möchte ich der Landtagsdirektion, allen voran Herrn Hofrat Anderwald und dem Landesjugendreferat, im Speziellen Frau Mag. Fluch und Herrn Dr. Herzog für die großartige Organisation danken. Herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall.)

Last but not least und ich meine das wirklich ganz ehrlich, ich bin schon sehr lange Schülervertreter und es ist oft schwierig, so viele Jugendliche zu motivieren, sich wirklich für ein Projekt einzusetzen. Ich kann nur sagen, ich bin stolz, ich bin wirklich stolz darauf, mit so hoch motivierten und engagierten Jugendlichen zusammenarbeiten zu dürfen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.35 Uhr.)

Präsident: Damit danke ich für die rege Diskussion. Ich bin überzeugt davon, dass es für jeden Einzelnen heute ein Gewinn war und auch vor allem für die Zukunft ist. Die Tagesordnung ist damit erledigt. Die Sitzung ist geschlossen und ich darf nun alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, alle Anwesenden, einschließlich der Damen und Herren im Auditorium zu einem Empfang in den nebenan gelegenen Rittersaal einladen. (Allgemeiner Beifall.)

Ende der Sitzung: 13.36 Uhr.

Statt eigener Worte fanden die Jungen nur die der Alten

Die Spitzen der Landespolitik machten sich beim Jugendlandtag rar.

Der Kontrast war auffallend: Im großen Saal, in dem sich sonst altgediente Politiker oder politisch erfahrene Haudegen des Landes Wortgefechte liefern, fanden sich diesmal junge, frische Burschen und Mädchen. Sie durften gestern im ehrwürdigen Landtagsitzungsraum das Wort ergreifen, um beim Jugendlandtag ihre Themen zu debattieren – und sollten damit auch die Chance bekommen, von den Spitzen der Landespolitik gehört zu werden. Diese machten sich jedoch rar: Landeshauptfrau Waltraud Klasnic verabschiedete sich nach 40 Minuten – um 12.20 Uhr stellten sich nur noch die Landesräte Herbert Paierl und Hermann Schützenhöfer der Dis-



Aufwärmen: Plaudern mit Klasnic, bevor es los ging

kussion, die in dieser Form nach 1992, 1993 und 1998 erst zum vierten Mal stattfand – auf Druck der Landesschülervertretung, deren Forderung, diese Jugendlandtage regelmäßig stattfinden zu lassen, Klasnic von den Parteien beraten lassen will.

„In der jetzigen Form ist das alles nur Show für die Politiker“,

meinte einer der Jugendvertreter. Doch auch die Jugendlichen selbst nützten die Bühne. Sie eiferten den „alten“ Politikern nach, feine Anzüge dominierten den Saal, was auch in der Auswahl der Mandatäre einen Grund haben mag. Zumeist waren sie Schülervertreter.

Flotte, jugendliche Kleidung war jedenfalls kaum zu sehen. Und so präsentierten sich auch viele der vorgebrachten Argumente (rechts-)konservativ. Man hörte „Alte“ sprechen, junge Zugänge blieben Ausnahmen. Das fiel offenbar auch Finanzlandesrat Herbert Paierl auf, der die Teilnehmer zum Schluss ermahnte: „Vergesst nicht kritisch zu sein.“ **Michael Samec**



Es ist schön, wenn sich junge Menschen noch in die Politik „einklinken“. Im Endeffekt ist es ja diese Politik, welche Entscheidungen – auch über die Zukunft gerade

Demokratie im Schülerlandtag

junger Menschen – trifft. Umso spannender lief am Mittwoch der nunmehr neunte Schülerlandtag – eine Erfindung der steirischen VP – ab. Die Diskussionen waren vielfältig. Drogenproblematik und Studiengebühren standen im Mittelpunkt und spiegelten das wider, was die Jungen im Land wirklich bewegt und interessiert.

steirer@kronenzeitung.at



Landtag statt Schulklasse: Jugendliche üben Politik

Jugendliche wechselten von Schulklassen in den Landtag

Steiermark: Drogen, Lehrer, Seife im Plenum

Der Anblick ist ungewöhnlich: Schon vor zehn Uhr warten die „Abgeordneten“ auf den Beginn der Sitzung. Bis sie eine Stimme via Mikrofon auffordert, aufzustehen. „Es wird ein Gruppenfoto mit der Frau Landeshauptmann gemacht. Bitte postieren Sie sich hinter ihr.“

Es ist Jugendtag im steirischen Landtag. Drei Stunden dürfen 56 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahren Politiker spielen. Die Regierungsbank ist halb leer, aber das ist man von den Sitzungen mit echten Abgeordneten gewöhnt. Künftig soll es jedes Jahr einen Jugendlandtag geben, verspricht Landeshauptfrau Waltraud Klasnic. Dann verabschiedet sie sich, um zur Verleihung des „Josef-Krainer-Heimatpreises“ zu gehen.

Viele Themen haben sich die Jugendlichen vorgenommen und sich gut darauf vorbereitet: Drogen, Schulbudget, Freifahrten für Berufsschüler und Wahlrecht mit 16. Einige Schüler rufen erstaunte Blicke bei den wenigen erwachsenen Abgeordneten hervor, die zu der Sitzung gekommen sind. So berichtet etwa eine Schülerin, dass sich die Sparpakte der Poli-

tk schwer wiegend auswirken. „Das fängt damit an, dass die Seife knapp wird und die Sessel und Tische schon vor 30 Jahren veraltet waren. Manche Schüler müssen bei 17 Grad in der Klasse sitzen, weil Heizmaterial knapp ist.“

WÜNSCHE Beschlusskraft hat der Jugendlandtag nicht, die Forderungen der Schüler sind Wünsche. Sie hoffen auf geringere Schülerhöchstzahlen, ein soziales Jahr für Mädchen oder kostenlose Selbstverteidigungskurse. Auch Wahlrecht und Demonstrationserlaubnis mit 16 Jahren sind den Jugendlichen ein Anliegen, ebenso die Fortbildung ihrer Professoren. „Wir haben Lehrer, die uns mit Ihrer Ausbildung aus den siebziger Jahren auf die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts vorbereiten sollen.“

Auch im Vorfeld hat es Kritik gegeben. Nur 20 der 56 „Mandatare“ wurden durch das Los bestimmt, der Großteil kommt von der Landesschülervertretung, die wiederum von der VP-nahen Schülerunion dominiert ist. Die SP-„Aktion kritischer Schüler“ fühlt sich übergangen, man sei nicht eingeladen worden.

— ELISABETH HOLZER



